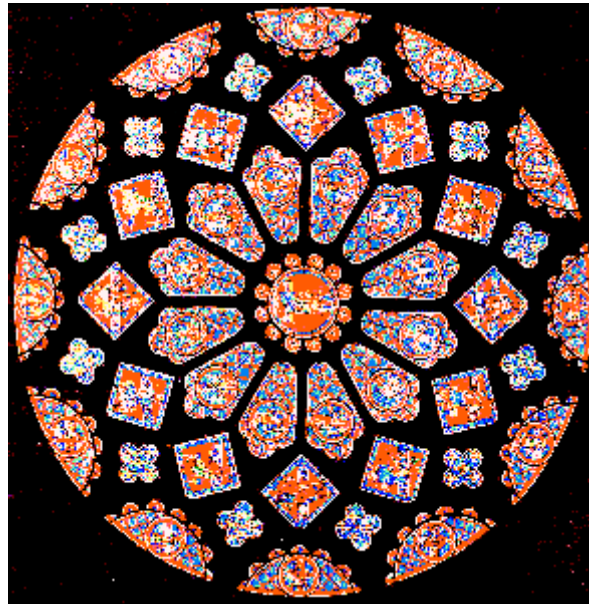


HALBTAGSGESELLSCHAFT

Anregungen für ein sozial nachhaltiges Deutschland



Kathedrale Chartres

Carsten Stahmer^{*)}

Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld

Juli 2006

^{*)} Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Universität Heidelberg. Zur Zeit: Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, Tel. 0521-106 2758, e-mail: carsten.stahmer@uni-bielefeld.de
Bitte diesen noch unveröffentlichten Aufsatz nur mit Genehmigung des Autors zitieren.
Der Autor dankt Joachim Frohn, Uta Meier-Gräwe und Christine Zumkeller für die kritische Durchsicht dieses Beitrages, Helena Walter für ihre Unterstützung bei Literaturrecherche und Textgestaltung und Mo Tschache für die Vorbereitung der Internet-Version des Papers.

Gliederung

	Seite
Einleitung	2
1. Ökonomie in der Krise – Nachhaltigkeitsdiskussion	3
2. Gleicher Rang für bezahlte und unbezahlte Arbeit	5
3. Modell der Halbtagsgesellschaft	8
4. Rolle der Institutionen	12
5. Lebensformen	18
6. Weiterer Klärungsbedarf	25
Literaturverzeichnis	32

Einleitung

Das Modell der Halbtagsgesellschaft setzt die Diskussion über die Zukunft der Arbeit fort, die seit den 80er Jahren mit unterschiedlicher Intensität geführt wurde. Das vorgeschlagene Konzept greift Vorschläge für eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs und eine Aufwertung der unbezahlten Arbeit auf. Es steht damit in der Tradition einer kritischen Haltung gegenüber der Dominanz unseres bestehenden Wirtschaftssystems. Die hier vorgestellte konkrete Utopie eines sozial nachhaltigeren Deutschlands ist daher auch als Gegenentwurf gegenüber den vorherrschenden Bestrebungen zu verstehen, unsere Zukunft allein ökonomischen Maßnahmen und Prioritäten anzuvertrauen. Gleichzeitig soll damit die männliche Herrschaft, die sich in besonderem Maße in der ökonomischen Sphäre manifestiert, relativiert und durch eine gleiche Teilhabe der Geschlechter an allen Formen von Arbeit ersetzt werden.

Die Entwicklung von Sozio-ökonomischen Input-Output-Tabellen hat erstmals die Möglichkeit eröffnet, das gesamte Aktivitätsspektrum aller Bevölkerungsgruppen in einem gesamtwirtschaftlichen Rahmen abzubilden.¹ Damit rücken wieder die Menschen selbst in den Vordergrund und nicht allein ihre ökonomischen Akte. Mit Hilfe von Zeitverwendungsdaten werden nicht nur die Erwerbstätigkeit und die dabei erzielte wirtschaftliche Leistung beschrieben, sondern gleichrangig die verschiedenen Formen unbezahlter Arbeit, ebenso wie persönliche Aktivitäten in der Freizeit. Dadurch wurde es möglich, im Modell der Halbtagsgesellschaft neue Zeitmuster der Bevölkerung und Substitutionen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zu analysieren. Durch eine Differenzierung nach Altersgruppen eröffnete sich die Chance, den von der ökonomischen Theorie vernachlässigten Bevölkerungsgruppen wie Kindern und Jugendlichen, Nicht-Erwerbstätigen mittleren Alters, ebenso wie älteren Menschen den gleichen Rang im Modellzusammenhang zu geben, wie es heutzutage in der ökonomischen Analyse allein den Erwerbstätigen zukommt.

Die Modellrechnungen zur Halbtagsgesellschaft sind bereits in einer Reihe von Aufsätzen von Axel Schaffer und dem Autor dieses Beitrages vorgestellt worden.² Daher wird dazu nur ein relativ knapper Überblick gegeben (Abschnitt 3). Schwerpunkte dieses Aufsatzes sind vor allem nötige veränderte Aufgabenstellungen für die Institutionen (Abschnitt 4) und konkrete Lebensformen verschiedener Bevölkerungsgruppen in der Halbtagsgesellschaft (Abschnitt 5). Den Auftakt machen einige Bemerkungen zur aktuellen politischen Diskussion (Abschnitt 1). Einige grundsätzliche Bemerkungen zur nötigen Gleichrangigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit schließen sich an (Abschnitt 2). Schließ-

1 Siehe die ausführliche methodische Darstellung in Stahmer et al. 2004. Vgl. auch Stahmer 2004a sowie aktuellere Ergebnisse in Schaffer 2006.

2 Siehe u. a. Stahmer et al. 2004, Stahmer 2004b und Schaffer, Stahmer 2005. Einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion zur Halbtagsgesellschaft gibt Hartard et al. 2006.

lich wird im letzten Teil dieses Beitrages (Abschnitt 6) eine Reihe von offenen Fragen zum Konzept der Halbtagsgesellschaft angesprochen. Damit soll deutlich werden, dass noch erheblicher weiterer Forschungsbedarf auf diesem Gebiet besteht.

1. Ökonomie in der Krise – Nachhaltigkeitsdiskussion

Nach mühseligen Verhandlungen hat die Große Koalition Ende 2005 zu einem Regierungsprogramm gefunden, mit dem die großen Parteien versuchen wollen, die nächsten gemeinsamen Jahre einigermaßen zu überstehen. Doch selbst den unmittelbar Beteiligten wird es klar sein, dass die Vorhaben der Regierung keine einheitliche Linie erkennen lassen. Die in 2006 erhofften Wachstumsimpulse dürften im nächsten Jahr durch die vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung wieder ausgebremst werden. Die durch wachsende staatliche Überschuldung zwingend nötige Haushaltskonsolidierung wird aller Voraussicht nach die Versuche vereiteln, die Wirtschaft anzukurbeln. Doch selbst wenn es gelingen sollte, trotz der Haushaltsprobleme ein mäßiges Wirtschaftswachstum zu erzielen, dürfte die weiter ansteigende Arbeitsproduktivität verhindern, dass das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit wesentlich vermindert werden kann. Damit erscheint es unwahrscheinlich, dass ein Hauptziel der Bundesregierung auf dem eingeschlagenen Weg erreichbar ist.

Bei diesem Szenario sind längerfristige Entwicklungen wie der zu erwartende demographische Wandel noch nicht berücksichtigt.³ Der zunehmende Anteil der älteren Menschen wird eine Finanzierung ihrer Renten mit Beiträgen der Erwerbstätigen immer schwieriger machen. Die Anforderungen, die dadurch auf den Staat zukommen, werden die Staatsfinanzen zusätzlich belasten. Noch gravierender erscheint es aber, dass der Anteil junger Menschen durch die niedrigen Geburtenraten zu gering ist.⁴ Soll es wieder attraktiver werden, Kinder zu haben, so müssten zuerst die Rahmenbedingungen für die Familien erheblich verbessert werden. Dies dürfte allerdings mit weiteren Zusatzkosten für den Staat verbunden sein.

In dieser kritischen Situation unserer Gesellschaft stellt sich die Frage, ob es weiterhin gerechtfertigt erscheint, die Lösung der drängenden ökonomischen und sozialen Fragen allein von wirtschaftlichen Anstrengungen zu erhoffen. Alle politischen Parteien von der Linken bis zu den Liberalen setzen bisher auf das wirtschaftliche Wachstum als Allheilmittel. Doch macht eine nüchterne Analyse der langfristigen Entwicklung – nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industrienationen – nur allzu deutlich, dass hohe Wachstumsraten der Ver-

3 Siehe Birg 2001, 2005 und Schirmacher 2004.

4 Siehe hierzu die detaillierte Analyse von Franz-Xaver Kaufmann zu einer „schrumpfenden Gesellschaft“ und den Problemen einer „Unterjüngung“, Kaufmann 2005.

gangenheit angehören.⁵ Ulrich Beck spricht in diesem Zusammenhang von dem „abgenagten Utopie-Knochen eines neuen Turbo-Wachstums“ (Beck 2000b, 65). Auch der Blick auf expandierende Volkswirtschaften wie Russland und China sollte uns nicht neidisch machen. Hier wird vorwiegend auf Kosten des Naturvermögens gewirtschaftet. Stellen wir den Abbau der natürlichen Ressourcen in Rechnung, so dürfte die verbleibende wirtschaftliche Leistung nicht wesentlich mehr steigen als bei uns.

Statt gebannt auf Lust und Launen der Wirtschaft zu achten, sollten wir überlegen, ob sie wirklich der Heilsbringer sein kann oder ob sie nicht vielmehr das Problem selbst darstellt. Viel spricht dafür, dass wir besser daran täten, wenn wir Lösungsansätze für unsere gesellschaftlichen Probleme zunächst einmal außerhalb des ökonomischen Denkens suchten. Das fällt nicht leicht. Ähnlich wie die Verbraucher durch die Nabelschnur der Werbebotschaften im Fernsehen mit den Absatzwünschen der Konsumgüterindustrie verbunden sind, hängen Öffentlichkeit genauso wie Politiker noch viel zu sehr am Tropf von ökonomischen Heilsbotschaften.

Glücklicherweise hat uns die Nachhaltigkeitsdiskussion der letzten Jahrzehnte ein Beispiel gegeben, wie wir unsere wirtschaftliche Fixierung aufgeben und einen unabhängigeren Standpunkt gewinnen können.⁶ Vor allem die drängenden Umweltprobleme haben uns gelehrt, dass eine Wirtschaftsform, die vorrangig auf kurzfristige Gewinne ausgerichtet ist, bei der Lösung langfristiger Probleme völlig überfordert erscheint. Der Schutz der Umwelt, der für das Überleben von Menschen, Tieren und Pflanzen gleichermaßen wichtig erscheint, kann nur als eigenständiges Ziel formuliert werden. Das Konzept der starken Nachhaltigkeit sieht entsprechend vor, dass die menschliche Nutzung der natürlichen Ressourcen so gestaltet werden muss, dass ihr Bestand ebenso wie ihre qualitative Zusammensetzung auf lange Sicht erhalten bleibt. Diese strenge Vorgabe hätte zwar zwangsläufig erhebliche Veränderungen unserer Wirtschaftsweise zur Folge, sie würde aber dafür sorgen, dass wir in weiterer Zukunft überhaupt noch wirtschaften können. Die Klimaschutz-Maßnahmen im Zuge des Kyoto-Protokolls haben gezeigt, wie die Wirtschaftsakteure mit marktkonformen Mitteln schrittweise auf den Weg zu einer zukunftsfähigen Entwicklung geführt werden können.

Das Beispiel des Umweltschutzes hat allerdings auch gezeigt, dass ein Umsteuern der Wirtschaft nur möglich ist, wenn die sich langfristig entwickelnden

5 Siehe Linz 2006.

6 Siehe Daly 1999; BUND, Misereor 1996, 2002; Diefenbacher 2001; Kopfmüller et al. 2001; Coenen, Grunwald 2003; Spangenberg 2003; Majer 2004. Zu Aspekten der sozialen Nachhaltigkeit siehe insbesondere Empacher, Wehling 2002 und Brandl, Hildebrandt 2002. Zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung siehe Deutsche Bundesregierung 2002, 2005; Kommentare zur Nachhaltigkeitspolitik in: Deutscher Gewerkschaftsbund 2000.

Probleme gleichzeitig schon aktuelle, die Menschen offenkundig belastende Begleiterscheinungen zeigen und der Leidensdruck eine Reaktion der Gesellschaft als überfällig erscheinen lässt. Dies gilt natürlich insbesondere für soziale Probleme. Erst wenn die Krisensymptome überdeutlich werden, dürften daher realistische Aussichten bestehen, von einer unabhängigeren, außerökonomischen Warte aus Vorschläge mit Aussicht auf Erfolg machen zu können.⁷

Dabei ist zu beachten, dass der Entwurf einer anderen Gesellschaftsform nicht von den zu beobachtenden Entwicklungen in unserer Gemeinschaft absehen darf.⁸ Die nötige Dialektik hat André Gorz folgendermaßen formuliert: „Wir müssen die gegenwärtige, auseinander fallende Gesellschaft aus der Perspektive der ganz anderen Gesellschaft und Ökonomie wahrnehmen, die sich am Horizont der aktuellen Veränderungen als *deren äußerster Sinn* abzeichnet.“ (Gorz 2000, 110, Hervorhebung von C. S.) Gorz vertritt die These, dass das gegenwärtige Wirtschaftssystem „selbst die Voraussetzungen zu seiner eigenen Überwindung schafft. Allerdings müssen wir uns dieser Voraussetzungen bemächtigen und diese Überwindung ... von ihrer vorstellbaren Vollendung her denken können. Nur aus dieser äußersten Perspektive können wir beurteilen, was wir tun oder lassen.“ (Gorz 2000, 110)

2. Gleicher Rang für bezahlte und unbezahlte Arbeit

Den wohl wichtigsten Schlüssel für eine neue Herangehensweise hat uns die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geliefert.⁹ Die fortschreitende Arbeitsproduktivität und die damit verbundene Verringerung der Nachfrage nach bezahlter Arbeit führt zu der Frage, was die Menschen mit der gewonnenen Zeit anfangen könnten. Heutzutage wird die vorhandene Arbeitszeit immer ungleicher verteilt. Bei besonders hoch qualifizierten jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern türmen sich die Überstunden, während ein zunehmendes Heer von häufig älteren Arbeitslosen leer ausgeht.

Wenn wir stattdessen durch eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit die vorhandene Erwerbsarbeit unter alle Erwerbsfähige aufteilen würden, täte sich gleichzeitig die Chance auf, in der gewonnenen Zeit verstärkt unbezahlte Arbeit für sich und andere aufzunehmen. Zu dieser unbezahlten Arbeit gehören hauswirtschaftliche und handwerkliche Tätigkeiten, Versorgungsleistungen für Kinder und Pflegebedürftige ebenso wie alle anderen Formen des bürgerschaftli-

7 Zur Risikowahrnehmung der Bevölkerung siehe Luhmann 2001.

8 Gerade dem jetzt begonnenen „utopielosen Jahrhundert“ sollten wir nach Cornelia Klinger Utopien entgegenstellen, die es durch ihre erzählerische Kraft mit der Rigidität ökonomisch geprägten Denkens aufnehmen könnten, siehe Klinger 2000.

9 Zur Situation des Arbeitsmarktes siehe Bonß 1999, 2000; Bosch et al. 2001; Berger, Konietzka 2001; Kocka 2000. Zum Zusammenhang von reduzierten Erwerbsarbeitszeiten und zukunftsfähigem Konsum siehe auch Schor 2005. Zu den gewünschten Arbeitszeiten Holst 2006.

chen und sozialen Engagements. Anders als die lediglich mit der eigenen Person verknüpften Tätigkeiten könnten sie auch von Dritten gegen Entgelt übernommen werden (Dritt-Personen-Kriterium).

Mit der Aufwertung von unbezahlter Arbeit könnten wir Lebens-, Kooperations- und Tätigkeitsformen entwickeln, die dem Einfluss des Staates ebenso wie der ökonomischen Entscheidungsmacht entzogen sind.¹⁰ Der zu schaffende Freiraum außerhalb ökonomischer Gesetzmäßigkeiten könnte uns damit auch eine Plattform liefern, von der aus wir eine neu zu schaffende Balance und damit auch veränderte Machtverhältnisse zwischen ökonomisch geprägten Produktionsprozessen und selbst bestimmter unbezahlter Arbeit erreichen könnten.¹¹

Unsere Lebensqualität könnte durch diese neu geschaffenen Spielräume erheblich gesteigert werden. In einer von der Ökonomie geprägten Gesellschaft kann die Freiheit, Konsumgüter zu kaufen bzw. sich gegen Bezahlung als Arbeitskraft anzubieten, letztlich nur eine Scheinfreiheit sein. Wir beugen uns auf diese Weise den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Marktes und dem damit verbundenen Konkurrenzprinzip. Die selbst gestaltete Eigenarbeit gibt uns dagegen die Chance, in freier Entscheidung einen wichtigen Teil unseres Lebens selbst zu gestalten, und den Mitmenschen nicht als Konkurrenten sondern als Kooperationspartnern zu begegnen.

Mit dem Konzept eines gleichen Rangs von bezahlter und unbezahlter Arbeit eröffnet sich gleichzeitig auch die Chance, die Herrschaft des Geldes einzudämmen. Neben die Geldwährung für Erwerbsarbeit und die auf dem Markt angebotenen Güter könnte die Zeitwährung als Vergütung für alle Formen von unbezahlter Arbeit treten, die im weitesten Sinn mit sozialem Engagement verbunden sind.¹² Dies ließe sich nicht nur in Form von Tauschringen realisieren.¹³ Zeitgutschriften für geleistete Dienste könnten auch angespart werden, um in Zeiten der eigenen Bedürftigkeit von anderen Hilfe zu bekommen.¹⁴ Mit dieser neuen Rolle der Zeit als Tauschmittel könnte das Zeitmaß auch als vorrangi-

10 Die geschaffenen sozialen Netzwerke könnten als Sozialkapital eine genauso wichtige Größe darstellen wie das jetzt dominierende Sachkapital, siehe Bourdieu 1992, vgl. auch Heinze, Strünc 2000. Damit würden auch Formen der Subsistenzwirtschaft neu gestärkt werden, siehe Bennholdt-Thomsen 2006, es ergeben sich Chancen für eine (re)produktive Ökonomie, siehe Biesecker, Elsner 2004 und Biesecker, Hofmeister 2006.

11 Siehe Gorz 1989, 2000; Beck 2000b; Biesecker 1998, 2000; Biesecker, Winterfeld 2000; Teichert 1993, 2000; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung et al. 2000; Brandl, Hildebrandt 2002; Scherhorn 1999, 2000a, 2000b, Kristof, Scherhorn 2002, Spangenberg 2003.

12 Siehe Sikora, Hoffmann 2001.

13 Siehe Offe, Heinze 1990; Hoffmann 1998; Lietaer 1999; Kennedy, Lietaer 2004.

14 Vgl. z. B. das Konzept der Seniorengenossenschaften, Sikora, Hoffmann 2001; Otto 1995; Taube 1993.

ge Kategorie unseres sozialen Lebens in den Mittelpunkt rücken.¹⁵ Neben den Geldwohlstand träte damit endlich wieder der Zeitwohlstand.¹⁶ Wir könnten uns die Zeit, die wir heutzutage häufig nur mit Hetze und Stress in Verbindung bringen, neu aneignen und für den Menschen verträglichere Formen der Zeiteinteilung entwickeln.¹⁷

Die Verstärkung der unbezahlten Arbeit gerade auf dem Gebiet des sozialen Engagements bietet den staatlichen Institutionen vielleicht die einzige Möglichkeit, auf eine für die Gesellschaft langfristig tragfähige Weise der Schuldenfalle zu enttrinnen und den Schuldenberg langsam wieder abzutragen. Eine Förderung des Bürgerengagements könnte den Staat von vielen Aufgaben entlasten, die er heutzutage noch mit den entsprechenden Kosten wahrnimmt. Statt gezwungenermaßen schrittweise soziale Leistungen einzuschränken, könnte der Staat dafür sorgen, dass diese Bereiche von anderen, nämlich von den Bürgern selbst, wahrgenommen werden. In diesem Sinne bekäme das neuerdings wieder in die Debatte geworfene Schlagwort vom „aktivierenden Staat“¹⁸ einen sinnvollen Inhalt. Das „Gemeinwohl“ wird dann – ähnlich wie von Vertretern des Kommunitarismus vorgeschlagen – so weit wie möglich von den Mitgliedern der Gemeinschaft selbst getragen und nicht einer übergeordneten Instanz überlassen.

Es wird dadurch auch vermieden, dass der Abbau der staatlichen Sozialleistungen vor allem diejenigen trifft, die sich eine finanzielle Absicherung gegen soziale Notlagen nicht leisten können. Zugleich wird eine übermäßige Stärkung des finanziellen Sektors verhindert, bei dem sich eine Minderheit, die über die nötigen Mittel verfügt, gegen entsprechende Gebühren versichern lassen kann. Die Zeitwährung eröffnet für jeden die Chance, unabhängig von seinen Einkommensverhältnissen für Alter und Krankheit vorzusorgen.

Für die Organisation der unbezahlten Arbeit könnte das räumliche Subsidiaritätsprinzip gelten, das den Aufbau eines möglichst engmaschigen sozialen Netzwerks voraussetzt.¹⁹ Danach haben Aktivitäten in der Familie bzw. im eigenen Haushalt Vorrang. Soweit nötig helfen Nachbarschaft und Selbsthilfeini-

15 Siehe Biervert, Held 1995; Biesecker 1995. Beispielhaft wurde die überragende Bedeutung der Zeitdimension im Zusammenhang mit der Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen gezeigt, siehe Stahmer et al. 2003b.

16 Siehe Scherhorn 1995, 2002; Rinderspacher 2000.

17 Siehe hierzu das Manifest der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (2005).

18 Siehe Steinbrück 2006; vgl. auch Behrens et al. 2005.

19 „Was im Dorf, in der Ortsgemeinde geleistet werden kann, das trage man nicht an das große öffentliche Gemeinwesen Staat heran; was im engeren Kreis der Familie erledigt werden kann, damit befasse man nicht die Öffentlichkeit; was man selbst tun kann, damit behellige man nicht andere. Das sind praktische Anwendungsfälle, aus denen unmittelbar abzulesen ist, worum es beim Subsidiaritätsprinzip geht. Man kann die Reihenfolge bilden: Selbsthilfe – Nachbarschaftshilfe – Fernhilfe.“ (Nell-Breuning 1985, 55) Um dieses Prinzip zu verwirklichen, ist allerdings nach Nell-Breuning noch ein weiteres Prinzip anzuwenden: das Solidaritätsprinzip (siehe Nell-Breuning 1985, 54 f.).

tiativen, falls das nicht ausreicht, könnte Hilfe von der Gemeinde bzw. vom Stadtteil kommen. Erst wenn diese kleinräumlichen Organisationsformen überfordert sind, übernehmen überregionale Institutionen die Verantwortung. Hier trifft sich die soziale Variante des Subsidiaritätsprinzips mit der unter Umweltgesichtspunkten geforderten Regionalisierung der Güterströme. Der „Tante-Emma-Laden“ mit regionalen, möglichst nach ökologischen Vorgaben produzierten und transportierten Gütern sollte – wie in der Vergangenheit – auch zu einem Kommunikationsmittelpunkt und Knoten im sozialen Netzwerk werden.

Die geforderte Gleichrangigkeit von informeller und formeller Arbeit würde auch erhebliche Auswirkungen auf das Bildungssystem haben. Neben die Ausbildung für einen bezahlten Beruf würde das Lernen von sozialer Kompetenz treten sowie die Aneignung von spezifischen Kenntnissen für die ohne Bezahlung ausgeübten sozialen Tätigkeiten. Die wechselnden Schwerpunkte von formeller und informeller Arbeit würden immer wieder Weiterbildungsabschnitte erfordern und das Konzept des lebenslangen Lernens einen zusätzlichen Inhalt gewinnen.

Wird der informelle Bereich unseres Lebens auf Kosten der formellen Produktionsprozesse aufgewertet, so bietet dies nicht zuletzt die große Chance, über ein neues Verhältnis der Geschlechter nachzudenken. „Erst in dem Maße, in dem das gesamte institutionelle Gefüge der entwickelten Industriegesellschaft auf die Lebensvoraussetzungen von Familie und Partnerschaft hin durchdacht und verändert wird, kann eine neue Art der Gleichstellung jenseits von Frauen- und Männerrolle Schritt für Schritt erreicht werden“. (Beck 1986, 201) Die typischen Geschlechterrollen sind in unserer Gesellschaft immer noch dadurch charakterisiert, dass die Männer einen Vollerwerbsjob haben (oder als Arbeitslose einen neuen suchen) und die Frauen unbezahlte Familienarbeit zu Hause übernehmen bzw. durch häufig unterqualifizierte Teilzeitjobs hinzuverdienen. Wenn die Arbeitszeit generell stark vermindert wird, könnten Männer ebenso wie Frauen neben ihrer Erwerbsarbeit die Betreuung von Kindern bzw. von älteren Familienangehörigen übernehmen. Für beide Geschlechter eröffnet sich die Chance, in Bürgerarbeit verstärkt an sozialen Aufgaben der Gemeinschaft mitzuarbeiten.²⁰ Auf diese Weise könnte die im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte immer wieder geforderte gleiche Teilhabe von Männern und Frauen an Beruf und Familie Realität werden.²¹ Sie könnte zugleich auch die Entscheidung für Kinder wesentlich erleichtern und auf diese Weise die Chancen erhöhen, den voraussehbaren Bevölkerungsrückgang abzubremsen und langfristig eine nachhaltigere Bevölkerungsentwicklung zu erreichen.

20 Siehe Beck 2000c.

21 In diesem Sinne sollen die vorgestellten Konzepte auch zur Gender-Bewegung beitragen. Gender ist hier im Sinne von *sozialem Geschlecht* zu verstehen im Unterschied zu Sex, dem biologischen Geschlecht (siehe hierzu Weller 2004, 19). Klinger 2003 stellt die Geschlechterfrage in den allgemeinen Zusammenhang gesellschaftlicher Ungleichheiten.

3. Modell der Halbtagsgesellschaft

Angelika Krebs hat in ihrem Buch „Arbeit und Liebe – Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit“ für die geschilderten Gesellschaftsvorstellungen erstmalig den von ihr eher abschätzig gemeinten Begriff der Halbtagsgesellschaft geprägt. „Das *Modell der Halbtagsgesellschaft* will Erwerbsarbeit auf den Umfang eines Halbtagsjobs reduzieren und das, was Frauen heutzutage noch zu Hause für andere tun, in die Selbstverwirklichung und Eigenarbeit aller überführen. Haus- und Familienarbeit soll ins Jenseits der ökonomischen Sphäre befördert werden.“ (Krebs 2002, 70). Während Angelika Krebs für die Familienarbeit eine Bezahlung fordert, sieht der von ihr kritisierte Ansatz der Halbtagsgesellschaft gerade für alle informellen Tätigkeiten einen außerökonomischen Freiraum vor. Während sich in ihrem Ansatz für die wirtschaftliche Denkweise neue Anwendungsbereiche erschließen, und sich damit die bestehende Dominanz der Ökonomie weiter verstärken würde, zielt das Modell der Halbtagsgesellschaft gerade darauf ab, die Machtverhältnisse grundlegend zu ändern. Dies gilt für das Verhältnis von Ökonomie zu den „herrschaftsfreien“ außerökonomischen Bereichen, ebenso wie für das Verhältnis der Geschlechter untereinander.

Für das in diesem Beitrag vorgestellte Konzept einer Gleichrangigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit erscheint der Begriff Halbtagsgesellschaft besonders geeignet, weil er die Zeitdimension in den Mittelpunkt rückt und eine gleichberechtigte Aufteilung unserer Zeit in eine ökonomische und eine außerökonomische Sphäre betont. Er kann allerdings zu einem Missverständnis führen, wenn er zu eng mit dem Begriff der Halbtagsarbeit verknüpft wird. Im Rahmen des geschilderten Konzepts geht es um eine längerfristige zeitliche Balance zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, die nicht mehr auf Kosten der Frauen geht. Das kann für die Erwerbstätigkeit echte Halbtagsarbeit bedeuten, in vielen Fällen dürfte es aber – allein schon wegen der Pendlerproblematik mit ihren Belastungen für die Umwelt – sinnvoller sein, jeweils einen längeren Zeitraum erwerbstätig zu sein und sich dann wieder im informellen Bereich sozial zu engagieren. Weiterbildungsphasen kämen als drittes zeitliches Element dazu.

Angelika Krebs erwähnt eine Reihe von Autoren und Autorinnen, die aus ihrer Sicht für das Modell der Halbtagsgesellschaft stehen. Zu ihnen rechnet sie u. a. Ulrich Beck²², André Gorz²³, Oskar Lafontaine²⁴ und Esther Vilar²⁵. Der Vorschlag, die unbezahlte Arbeit im Verhältnis zur bezahlten Arbeit aufzuwerten, wird auch in den bereits zitierten Schriften, die sich zu Fragen der sozialen und

22 Siehe z. B. Beck 1986, Kap. 4 und Beck 2000b.

23 Siehe Gorz 1989 und 2000.

24 Siehe Lafontaine 1985 und 1989.

25 Siehe Vilar 1987 und 1990.

ökologischen Nachhaltigkeit geäußert haben, unterstützt. So stellen Sebastian Brandl und Eckart Hildebrandt auf der Grundlage von Adelheid Bieseckers erweitertem Arbeitsbegriff das Konzept der „Mischarbeit“ vor.²⁶ In der Schweiz wurde das Konzept einer Halbtagsgesellschaft unter dem Stichwort „Doppelte 25-Stunden-Woche“²⁷ diskutiert, in Österreich wurden Initiativen mit dem Schlagwort „Halbe-Halbe“ gestartet.²⁸

Ein erstes konkretes Modell der Halbtagsgesellschaft wurde auf der Grundlage von sozio-ökonomischen Input-Output-Tabellen (SIOT) für das Berichtsjahr 1990 im September 2002 auf dem 4. Weimarer Kolloquium der Vereinigung für ökologische Ökonomie vorgestellt.²⁹ Die SIOT zeigen das gesamte Aktivitätsspektrum (persönliche Aktivitäten, Eigenarbeit, Erwerbsarbeit) von unterschiedlichen Altersgruppen der Bevölkerung auf der Grundlage von Zeitverwendungsdaten. Es wird gegenübergestellt, wie viel Zeit die verschiedenen Personengruppen selbst im Rahmen ihrer Tätigkeiten für sich und andere zur Verfügung gestellt haben und wie viel Zeit ihnen durch eigene bzw. fremde Aktivitäten zugute kam.³⁰ Jedes Element der Zeitbilanzen wird verknüpft mit monetären und physischen Größen, die mit der gezeigten Tätigkeit einer Personengruppe verbunden waren. Auf diese Weise kann eine gesellschaftliche Bilanz der sozialen Netzwerke mit ihren ökonomischen und ökologischen Implikationen aufgestellt werden.

Die bisher ausführlichste Darstellung des Rechenmodells der Halbtagsgesellschaft und seine Aktualisierung bis zum Jahr 1998 wurde im Frühjahr 2004 publiziert.³¹ Im Frühjahr 2005 wurde eine erste Fassung der SIOT für das Berichtsjahr 2000 vorgestellt, bei deren Berechnung detaillierte Informationen des Mikrozensus 2000 über Erwerbsarbeitsstunden sowie Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/02 genutzt werden konnten.³² Mit Hilfe dieser SIOT wurde

26 Siehe Biesecker 1998, 2000; Bierter, Winterfeld 1998; Brandl, Hildebrandt 2002 und Spangenberg 2003. Weitere Vorschläge zu einer Neuverteilung der Arbeit liegen von Bergmann (1996, 1997), Fraser (1994), Jansen (1997,1999), Ruh (1994) und Ulrich (1995,1997) vor. Zu einer drastischen Senkung der Arbeitszeit siehe bereits das interessante detaillierte Konzept in Kurz-Scherf, Breil 1987.

27 Siehe Sozialdemokratische Partei Schweiz 1995 und Eidgenössische Kommission für Frauenfragen 1997.

28 Siehe das Leitziel 3 in BMLFUW 2002, 32 ff.

29 Siehe Stahmer, Opitz 2002, gekürzt veröffentlicht in Stahmer 2003a und 2004b. Das Konzept der sozio-ökonomischen Input-Output-Tabellen stellt insbesondere eine Weiterentwicklung von Zeit-Input-Output-Tabellen dar, siehe Stahmer et al. 2003a, methodische Vorarbeiten zu soziodemographischen Aufgliederungen wurden im Rahmen des Projekts „Zeit für Kinder“ geleistet, siehe Stahmer et al. 2003b.

30 Siehe Stahmer 2003b und 2004a.

31 Siehe Stahmer et al. 2004; siehe auch Schaffer, Stahmer 2004, 2005 und 2006b sowie die Kommentare von Gerhard Scherhorn 2005, Scherhorn 2006a, 2006b bzw. von Michael und Charlotte Wehrspau 2006.

32 Schaffer 2006. Zur Zeitbudgeterhebung siehe Statistisches Bundesamt 2004.

inzwischen auch das Modell der Halbtagsgesellschaft aktualisiert.³³ Eine erweiterte Fassung der SIOT 2000 mit einer Aufgliederung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht wurde im Frühjahr 2006 fertig gestellt. Diese SIOT bildet die nötige Datengrundlage für ein Gender-Modell der Halbtagsgesellschaft, dessen Veröffentlichung zurzeit vorbereitet wird.

Welche Modellrechnungen zur Halbtagsgesellschaft wurden bisher unternommen? Im Hinblick auf die Erwerbsarbeit wurden zwei wesentliche Veränderungen durchgespielt: Die Jahresarbeitsstunden der bisher schon Erwerbstätigen wurden von etwas über 1500 auf 1000 Stunden gesenkt. Die dadurch entstandenen Ausfälle wurden weitgehend ausgeglichen durch die Einstellung aller Erwerbsfähigen, die in der Ausgangssituation nicht an der Erwerbsarbeit beteiligt waren. Diese Erwerbsfähigen umfassen im Modell nicht nur die beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen, sondern auch die so genannte Stille Reserve sowie die von uns als „stillste Reserve“ bezeichneten Personen.³⁴ Dazu gehören z. B. ältere Frauen, die bei der heutigen Arbeitsmarktsituation keine Chance mehr bekommen, wieder am Berufsleben teilzunehmen. Rechnen wir diese Personen-Gruppe hinzu, so erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen auf fast 10 Millionen.

Es wurde im Modell unterstellt, dass die Qualifikationsstruktur der geleisteten Arbeitsstunden durch die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht berührt werden darf. Diese Vorgabe war allerdings nur schwer zu erfüllen. Gerade die Hochqualifizierten arbeiten besonders lange. Wird ihre Arbeitszeit wie bei den anderen Erwerbstätigen auf 1000 Jahresstunden gesenkt, verschlechtert sich bereits die Qualifikationsstruktur der bisher Erwerbstätigen. Hinzu kommt, dass die bisher nicht Erwerbstätigen im Durchschnitt niedrigere Qualifikationen haben als die Erwerbstätigen. Im Modell der Halbtagsgesellschaft wurde daher durchgerechnet, wie das Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen durch Höherqualifizierungen der Bevölkerung trotz der starken Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt konstant gehalten werden kann. Diese nötige Bildungsoffensive, die zusätzlich noch Ausbildungsmöglichkeiten für den „zweiten Job“ des sozialen Engagements und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Altersgruppen umfassen müsste, würde zu einer erheblichen Verstärkung des Bildungssektors führen.

Die durch verminderte Erwerbsarbeitsstunden gewonnene Zeit wird im Modell für andere Aktivitäten genutzt. Dazu gehören zunächst zusätzliche Aus- und Weiterbildungszeiten. Im Rahmen der informellen Arbeit steht der verstärkte Einsatz für die verschiedenen Formen des sozialen Engagements (u. a. Kinderbetreuung, Pflege älterer und kranker Personen, Ehrenamt und andere soziale

33 Siehe Schaffer, Stahmer 2006c.

34 Siehe Holst 2004. Zur Stillen Reserve siehe auch Holst 2000, Holst, Schupp 2000 und Fuchs 2002.

Tätigkeiten außerhalb des eigenen Haushalts) im Mittelpunkt.³⁵ Diese Leistungen werden im Modell mit Hilfe von Zeitgutschriften entgolten. Mit Hilfe der SIOT konnten nicht nur die veränderten Zeitmuster für die geleisteten Arbeitsstunden, sondern erstmalig auch die Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Nutznießer dieser Leistungen geschätzt werden.

Die Analyse der veränderten Zeitmuster wird ergänzt durch eine grobe Abschätzung der Auswirkungen auf monetäre und physische Größen. Dabei konnte im Rahmen der SIOT nur mit konstanten Relationen zu den Zeitgrößen gearbeitet werden. Diese komparativ-statische Analyse müsste zukünftig durch verfeinerte Modelle ersetzt werden, die vor allem auch mögliche Entwicklungspfade zu einer Halbtagsgesellschaft aufzeigen und damit auch die Realisierungschancen einer Halbtagsgesellschaft besser abschätzen könnten.³⁶ Eine besondere Herausforderung besteht dabei in der Integration der informellen Aktivitäten in ein entsprechend erweitertes ökonomisches Modell. Auch müsste die Zeit als wesentlicher Modellbaustein eingeführt werden.³⁷

Nicht zuletzt müsste bei einer Weiterentwicklung der Modelle auch die wechselseitige Beeinflussung von demographischem Wandel und Entwicklung zu einer Halbtagsgesellschaft aufgezeigt werden. Dazu gehört auch z. B. der mögliche Einfluss einer verbesserten Familienpolitik auf die Geburtenraten. Die nötigen Modellrechnungen erfordern in diesem Fall Szenarien für die nächsten Jahrzehnte, da sich mögliche Maßnahmen nur sehr langfristig auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken. Erste Berechnungen dieser Art wurden im Rahmen der Kooperationsgruppe „Sozio-ökonomische Modellierung“ des Zentrums für interdisziplinäre Forschung im Sommer 2004 vorgenommen.³⁸

Die nötigen Modellrechnungen müssten stets die Wirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die natürliche Umwelt ausweisen können.³⁹ Zukunftsfähig kann ein neues Gesellschaftsmodell nur sein, wenn gleichzeitig auch für einen verstärkten Schutz der Natur gesorgt ist. Soziales Handeln bedeutet eben nicht nur Verantwortung für unsere Mitmenschen, sondern auch für die anderen Lebewesen auf der Erde. Der von Arthur Schopenhauer in den Mittelpunkt seiner Mitleidsethik gestellte Satz „Tat twam asi“ (Das bist Du) der indischen Philosophie beschreibt diese Haltung.

35 Siehe zum sozialen Engagement der Bürger die Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 1998; Effinger, Pfau-Effinger 1999; Beck 2000c; Heinze, Strünck 2000; Heinze, Olk 2001; Bonß 2001; Mutz, Sing 2001 und Mutz, Kühnlein 2001.

36 Siehe Frohn 2006 und Meyer 2002, 2003.

37 Siehe dazu erste Überlegungen von Frohn et al. 2004 und Frohn, Chen 2006.

38 Siehe Meyer, Wolter 2006.

39 Siehe Frohn 2002. Zum Stand der sozial-ökologischen Forschung siehe Balzer, Wächter 2002.

Die ersten Berechnungen haben gezeigt, dass im Modell der Halbtagsgesellschaft die Umweltbelastungen eher zurückgehen könnten. Das Konsumniveau mit seinen ökologischen Wirkungen liegt insgesamt etwas niedriger, das Verkehrsaufkommen könnte durch eine Reduktion der Fahrten zum Arbeitsplatz gesenkt werden. Konzentrieren sich die sozialen Netzwerke auf kleinräumliche Kontakte, so ist mit weiteren Energieeinsparungen im Transportsektor und damit auch Verminderungen seiner Emissionen zu rechnen. Auch auf diesem Gebiet sind weitere Untersuchungen nötig, die vor allem die Komplexität der Wechselbeziehungen zwischen Umwelt und Wirtschaft noch besser abbilden müssten.

4. Rolle der Institutionen

Ein langfristig stabiler sozialer Wandel lässt sich nur dann realisieren, wenn die heutzutage dominierenden Akteure in Unternehmen, staatlichen Institutionen und Verbänden eine neue, für sie vielleicht weniger einflussreiche, aber langfristig für die Bürger hilfreiche Rolle übernehmen könnten.⁴⁰ Das Konzept der Halbtagsgesellschaft lässt sich langfristig nur dann durchsetzen, wenn gezeigt werden könnte, dass die herrschenden Institutionen in eine neue Rolle hineinwachsen könnten, die auch von ihrem eigenen Verständnis her sinnvoll und akzeptabel erscheint.⁴¹ Diese Überzeugungsarbeit ist genauso zu leisten wie die Beratung und Aufklärung gegenüber der Bevölkerung. Auf diese zentrale Aufgabe werden wir im Anschluss an die in diesem Abschnitt erörterte veränderte Aufgabenstellung der Institutionen eingehen.

Im Hinblick auf die *staatlichen Aufgaben* müsste in einem erweiterten Wirtschaftsmodell gezeigt werden können, dass der Staatshaushalt langfristig ausgeglichen werden kann, ja möglichst sogar Überschüsse erzielt werden könnten, die zur Verminderung des staatlichen Schuldenberges eingesetzt werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass ein Teil der sozialen Leistungen, die bisher vom Staat finanziert wurden, von der Bevölkerung selbst übernommen werden könnte. Dieser Reduktion von Ausgaben stehen Einnahmeausfälle gegenüber, da sich das Einkommensniveau insgesamt etwas senken könnte. Mehrausgaben sind auf dem Gebiet der Bildungs- und Familienpolitik zu erwarten. Zu ihrer Deckung könnte ein wesentlich erhöhter Steuersatz für alle Erwerbstätigen, die im Durchschnitt mehr als die angestrebten 1000 Stunden im Jahr arbeiten, verwendet werden. Hinzu sollte eine verstärkte Besteuerung des Energieverbrauchs, insbesondere des Individual- und Flugverkehrs kommen, um gleichzeitig umweltfreundliche Verkehrsformen zu unterstützen und die angestrebte Regionalisierung zu fördern.⁴²

40 Siehe die Diskussion einer Zivilgesellschaft und eines neuen Verhältnisses von „System“ und „Lebenswelt“ in Habermas 1997; vgl. auch Minsch et al. 1998.

41 Siehe hierzu den Überblick bei Brandl, Hildebrandt 2002.

42 Siehe hierzu Petersen, Schallaböck 1995.

Die staatlichen Institutionen verteilen nicht nur die entstandenen Einkommen der Bevölkerung um, sie sind auch bei der Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben wichtigster Arbeitgeber. Es erscheint heutzutage wie ein Hohn, dass der Staat eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu seinem höchsten Ziel erklärt, selbst aber immer mehr Angehörige des öffentlichen Dienstes einspart und dies stolz als Effizienzgewinn preist. Statt die Arbeitszeit der verbliebenen Arbeitnehmer zu verlängern, müsste der Staat Vorreiter bei einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung sein. Bereits erzielte Fortschritte im öffentlichen Dienst, z. B. bei der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, sollten nicht in Frage gestellt, sondern weiter ausgebaut werden.

Schließlich sollte der Staat auf allen seinen Ebenen vom Bund bis zur Gemeinde das Konzept der Bürgernähe wieder stärker umsetzen.⁴³ Dazu würde vor allem eine Stärkung der Selbstverwaltung der Gemeinden beitragen. Vor allem die Verwaltungsreformen der Siebziger Jahre haben ohne Rücksicht auf die Bevölkerung lokale Netzwerke zerstört, die jetzt – wie bei der Rückführung von Bächen in ihren Naturzustand – wieder mühselig restauriert werden müssten. Durch das „Verscherbeln seines Tafelsilbers“ (sprich: Verkauf von Bahn und Post) hat der Staat wesentliche Mitschuld, wenn nun unter der Flagge der Kostenersparnis für das soziale Zusammenleben ebenso wie für eine zukunfts- und umweltorientierte Verkehrspolitik wichtige Infrastrukturen (Bahnstrecken mit intakten Bahnhöfen, Telefonzellen und Poststellen) mehr und mehr zerstört werden. Statt die Bahnhöfe großer Städte in Konsumpaläste zu verwandeln, sollten gerade auf dem Lande und für die kleinen Städte neue Formen von Treffpunkten mit entsprechendem Dienstleistungsangebot entwickelt werden. Auf jeden Fall wäre es aber nötig, dass die staatlichen Institutionen ein verstärktes soziales Engagement der Bevölkerung mit seinen verschiedenen Formen von Bürgerinitiativen und Selbsthilfeeinrichtungen im Sinne einer „public-private partnership“ tatkräftig unterstützen.⁴⁴

Veränderte Aufgaben kommen insbesondere denjenigen staatlichen Einrichtungen zu, die im unmittelbaren Kontakt mit den Bevölkerungsmitgliedern stehen. Dazu gehören insbesondere die Bildungseinrichtungen und das Gesundheitswesen. Das *Bildungswesen* ist in seiner heutigen Form viel zu sehr auf die Qualifizierung der Bevölkerung für bezahlte Arbeit ausgerichtet.⁴⁵ Wie auch die PISA-

43 Siehe Lang 2003, Scherhorn, Dahm 2005.

44 Siehe hierzu die Konzepte eines Wohlfahrtspluralismus (Evers, Olk 1996), eines stärker akteursorientierten Institutionalismus (Lange, Braun 2000) bzw. einer kooperativen Form der Problembearbeitung in Form von „Governance“ statt „Government“ (Campbell et al. 1991, Bang 2003), vgl. auch den Überblick in Brandl, Hildebrandt 2002, Kap. 5. Zur städtischen Subsistenzwirtschaft siehe auch Scherhorn 1999, Dahm 2003, 2006 und Dahm et al. 2002.

45 Statt einseitig auf die wirtschaftlich verwertbaren Fähigkeiten (Humankapital) zu setzen, sollte vielmehr das Humanvermögen gesteigert werden, das auch alle übrigen Gesellschaftsbereiche einbezieht (siehe hierzu Kaufmann 2005, insbesondere Abschnitte 1.4 und 3.3).

Studie betont hat, sollte die schulische Ausbildung neben der Allgemeinbildung und der berufsbezogenen Ausbildung auch soziale Kompetenz und die Fähigkeit zum selbstständigen (lebenslangen) Lernen vermitteln.⁴⁶

Viel spricht dafür, vor allem im Hochschulbereich die Ausbildungszeiten drastisch zu verkürzen und zunächst nach dem Vorbild der Fachhochschulen eine dreijährige praxisbezogene Grundausbildung zu vermitteln, der sich nach einer Phase der Berufstätigkeit ein mehr wissenschaftlich geprägtes Aufbaustudium anschließen kann. Die gegenwärtige Diskussion über Bachelor- und Master-Ausbildungszweige geht in eine ganz ähnliche Richtung. Die Ausbildung für den zweiten Job, nämlich das soziale Engagement, könnte im Rahmen eines obligatorischen sozialen Jahrs nach Abschluss der allgemeinbildenden Schulen erfolgen.⁴⁷

Für den Aufbau eines regionalen sozialen Netzwerkes sollte den Lehrern wieder eine stärkere Rolle zukommen. Dazu wäre es nötig, dass die Zentralisierung des Schulwesens mit seinen Pendlerströmen von Schülern so weit wie möglich wieder rückgängig gemacht wird. Die Schließung von Dorfschulen hat einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Verarmung der ländlichen Gemeinden und zu einer Anonymisierung des Bildungsbetriebs beigetragen. Es ist zu prüfen, wie unter den heutigen Bedingungen der Kontakt zwischen Eltern und Lehrern im Interesse der Schüler wieder intensiviert werden kann.

Ähnliche Zentralisierungs- und Anonymisierungstendenzen sind im *Gesundheitswesen* zu beobachten. Die Rolle des Hausarztes als langjähriger Begleiter und Ratgeber seiner Patienten ist immer weiter zurückgegangen. Die Beratungs- und Vorsorgeaufgaben der Ärzte sollten wieder viel stärker honoriert werden. Dazu wäre allerdings nötig, dass schon die ärztliche Ausbildung neben den schulmedizinischen Fächern auch Unterricht über psychosomatische Zusammenhänge und alternative Behandlungsformen (z. B. der Homöopathie) umfasst. Würde sich die ärztliche Tätigkeit stärker auf die Beratung über gesunde Lebensführung und die Begleitung der Patienten bei gesundheitsfördernden Aktivitäten konzentrieren, könnten nicht nur das Gesundheitsniveau der Bevölkerung wesentlich erhöht, sondern gleichzeitig auch die Kosten des Gesundheitswesens drastisch gesenkt werden.

Das Konzept der Halbtagsgesellschaft erfordert auch bei den *Wohlfahrtseinrichtungen* ein Umdenken.⁴⁸ Die Wohlfahrtsverbände sollten sich nicht als Konkurrenten auf dem Dienstleistungsmarkt empfinden, wenn Bürger soziale Aufgaben selbst in die Hand nehmen. Vielmehr wäre es sehr hilfreich, wenn sie mit ihrem professionellen Know-how die Bürger unterstützen und – soweit nötig – die so-

46 Siehe OECD 2001 und Europäische Kommission 2001.

47 Siehe hierzu die Vorschläge von Hartmut von Hentig (Hentig 2006a, 2006b).

48 Siehe hierzu Priller, Rückert-John 2000; Mutz 2004.

ziale Eigenarbeit der Bevölkerung auch überregional koordinieren könnten. Dies gilt z. B. für die Verwaltung von Zeitgutschriften für geleistete soziale Arbeit. Hier könnten Wohlfahrtseinrichtungen dafür sorgen, dass die Gutschriften nicht nur im unmittelbaren Umfeld der engagierten Bürger Gültigkeit behalten, sondern auch bei einem Umzug oder bei Unterstützung von Angehörigen, die in einer anderen Region leben, eingelöst werden können.

Eine zentrale Rolle könnte den *Kirchen* zukommen. Sie verfügen bereits durch ihre Gemeindegarbeit über ein enges Netzwerk von Ansprechpartnern für die Bürger. Die Enzyklika „Deus caritas est“ von Papst Benedikt XVI. hat gerade eindrucksvoll gezeigt, wie sehr das Engagement für den Nächsten im Mittelpunkt des religiösen Denkens steht bzw. stehen sollte. Auch die Rolle der Institutionen wird hier im Sinne einer neuen bzw. erneuerten Balance von institutionalisiertem Einfluss und eigenem Einsatz der Bürger gesehen:

„Der totale Versorgungsstaat, der alles an sich zieht, wird letztlich zu einer bürokratischen Instanz, die das wesentliche nicht geben kann, das der leidende Mensch – jeder Mensch – braucht: die liebevolle persönliche Zuwendung. Nicht den alles regelnden und beherrschenden Staat brauchen wir, sondern den Staat, der entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip großzügig die Initiativen anerkennt und unterstützt, die aus den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aufsteigen und Spontaneität mit Nähe zu den hilfsbedürftigen Menschen verbindet (Benedikt XVI. 2006, S. 8).“

In ähnlicher Weise gilt es auch für die Kirchen selbst, unmittelbar zu helfen, aber auch die Initiativen anderer zu fördern.

In einer Halbtagsgesellschaft wird auch von den *Unternehmen* ein gesteigertes Maß an sozialer Verantwortung erwartet.⁴⁹ Dies gilt natürlich insbesondere für ihre Beschäftigten. Es sollte auch im Interesse der Unternehmen sein, wenn sie die Kräfte der Mitarbeiter(innen) nicht kurzfristig ausbeuten, sondern ihnen durch neue Arbeitsformen Chancen für eine befriedigendere Lebensgestaltung eröffnen. Der in der Halbtagsgesellschaft vorgesehene Mix von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit sollte als etwas Positives für die Persönlichkeitsentwicklung der Mitarbeiter erkannt werden und für die weitere Karriere im Betrieb eher förderlich als hinderlich sein.⁵⁰ Das amerikanische Konzept der „Work–life balance“ ist hier ein viel versprechender Ansatz.⁵¹ Erforderlich wird sicher eine Umgestaltung der Arbeitsplätze sein, da die eingesetzten Mitarbeiter(innen) stärker wechseln werden als bisher. Interessant ist in diesem Zusammenhang z. B. das bereits praktizierte Modell des Job–Sharing, bei dem sich zwei Personen im Wechsel die Arbeit eines Arbeitsplatzes teilen.⁵²

49 Siehe hierzu Mutz 2003 und Hartard 2006.

50 Siehe hierzu Holtgrewe et al. 2000.

51 Siehe Friedman et al. 1998, 1999.

52 Zu Vor- und Nachteilen verschiedener Arbeitszeitmodelle siehe Kurz-Scherf 1995; Hildebrandt et al. 2004 und Munz et al. 2002.

Soziale Verantwortung kann keineswegs nur einseitig den Unternehmern zugeschoben werden. In viel größerem Maße als in der Vergangenheit sollte auch die Bevölkerung soziale Verantwortung für die Unternehmen ihrer Region bzw. ihres Landes übernehmen. Dies könnten sie dadurch am besten, wenn sie als Konsumenten regionale Produkte bevorzugen.⁵³ Ähnlich wie der Staat gleichzeitig über Arbeitslosigkeit jammert und selbst Arbeitsplätze vernichtet, sorgen sich die Bürger um ihre Arbeitsplätze, bevorzugen aber meist ohne Bedenken billigere importierte Produkte. Die Konsumenten sollten sich darüber klar sein, dass sie mit dem Kauf von einheimischen Produkten auch letztlich ihre eigenen Arbeitsplätze sichern. Anschauungsmaterial für diese Problematik hat gerade das Kaufverhalten in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung geliefert. Verführt durch den Druck der Werbung und eine geschickte Verkaufspolitik des von westlichen Konzernen dominierten Einzelhandels kauften sie vorrangig Westprodukte und trugen dadurch dazu bei, dass ihre eigenen Produkte keinen Absatz mehr fanden. Aber auch bei den Konsumenten in den alten Bundesländern hat hier noch kein Umdenken eingesetzt. So wären die AEG-Werke oder Grundig möglicherweise nicht in derartige Schwierigkeiten gekommen, wenn die Verbraucher ihre in Deutschland hergestellten Produkte bevorzugt hätten.

Die Verstärkung von kleinräumlichen sozialen Netzwerken ist nicht zu trennen von einer Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen in der Region. Die Verödung von Dörfern und Stadtteilen hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die kleinen Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe wirtschaftlich nicht mehr überleben konnten. Vor jeder Wahl streichen die Politiker aller Parteien die Bedeutung einer erfolgreichen Mittelstandspolitik heraus. Trotzdem setzt sich seit Jahrzehnten das Sterben des Mittelstandes ungebrochen fort. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit mussten Millionen von selbstständigen Betrieben häufig nach langen Kämpfen der Eigentümer und jahrelanger Selbstaussbeutung schließen. Dabei ist ein intaktes Netzwerk von Läden und Handwerksbetrieben ein integrierter und unabhömmlicher Teil auch von sozialen Netzen.

Auch hier müssten in mühseliger Arbeit durch Bürgerinitiativen Infrastrukturen wiederhergestellt werden, die früher selbstverständlich waren. Eine Partnerschaft, und nicht ein Konkurrenzverhältnis von unbezahlter Arbeit mit regionalen Betrieben sollte ein wichtiges Element auch der Halbtagsgesellschaft sein.⁵⁴ Die Förderung von lokalen Märkten und von Direktverkäufen der Fabriken könnte dabei ein wichtiger Ansatzpunkt sein. Eine Unterstützung des Absatzes von regionalen Produkten durch ehrenamtliche Arbeit, z. B. durch Erzeuger-

53 Siehe zum nachhaltigen Konsum Scherhorn, Weber 2002. Zur Frage, ob nicht bei einer alternativen Lebensweise kompensatorische Frustkäufe von Konsumgütern unterbleiben könnten: Scherhorn 1997.

54 Ein sinnvoller Anfang hierzu besteht in der Einrichtung von „runden Tischen“, siehe Majer 1997.

Verbraucher-Genossenschaften und Fahrgemeinschaften zu den Produzenten, wäre ein weiteres Beispiel.⁵⁵

Natürlich gilt diese Argumentation auch für die landwirtschaftlichen Betriebe.⁵⁶ Die staatliche Förderung des ökologischen Landbaus und das gestiegene Bewusstsein der Bevölkerung für gesunde Ernährung haben hier bereits wichtige Fortschritte bewirkt. Ökologisch und gleichzeitig sozial bewusste Konsumenten kaufen verstärkt nur die Produkte, die in den verschiedenen Jahreszeiten angeboten werden und verzichten auf Erdbeeren aus Israel oder Äpfel aus Neuseeland. Wesentliche Unterstützung der kleinen ländlichen Betriebe ist auch durch Urlaub auf dem Bauernhof möglich. Derartige Urlaubsformen haben nicht nur eine wesentlich günstigere Ökobilanz als Fernreisen, sie tragen auch in besonderem Maße zum Erhalt kleinräumlicher Wirtschaftsformen bei.

Staatliche, marktkonforme Hilfe könnte hier wie bei den anderen regionalen Produkten vor allem durch eine wesentlich höhere Besteuerung des Transports von Gütern kommen. Vor allem die fehlenden Steuern auf Flugtreibstoffe haben zu weitreichenden Fehlentwicklungen geführt. Der Transport über Kontinente ist so billig geworden, dass nicht nur erhebliche ökologische Schäden durch die Schadstoffemissionen der Flugzeuge zu erwarten sind, sondern auch soziale Schäden durch verfälschte Konkurrenzverhältnisse zu den einheimischen Produkten auftreten. Es wird heutzutage so viel über die Folgen der Globalisierung gejammert. Gleichzeitig wird aber alles getan, um die Handelshemmnisse weiter abzubauen und den großen Unternehmen immer bessere Möglichkeiten zu geben, Arbeitsstätten, Produkte und Finanzmittel ungehemmt zwischen den Ländern hin und her zu schieben. Dazu hat auch der europäische Binnenmarkt beigetragen. So sehr eine politische Integration in Europa im Interesse eines langfristigen Friedens zu begrüßen ist, so kritisch müssen die sozialen und ökologischen Folgen eingeschätzt werden. Zwar wird das Subsidiaritätsprinzip auch auf europäischer Ebene immer wieder als wichtiges Ziel der europäischen Gemeinschaft hervorgehoben, die Praxis sieht aber häufig ganz anders aus.

5. Lebensformen

Bei der Entwicklung des hier vorgestellten Konzepts der Halbtagsgesellschaft stand eine für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zentrale Frage im Vordergrund: Wie können wir die Gesellschaft umgestalten, um eine gleichberechtigte Stellung von Frauen und Männern zu erreichen?⁵⁷ Auch wenn wir immer

55 Zum Konzept der Stakeholder Genossenschaften Münkner 2002.

56 Siehe hierzu auch Flieger 2001. Zur Situation der bäuerlichen Betriebe zwischen Regionalisierung und Globalisierung siehe Müller 1998 und Bennholdt-Thomsen et al. 2003.

57 Siehe dazu die Diskussion über Gender-Aspekte der Nachhaltigkeitskonzepte in Schultz 1996; Forum Umwelt und Entwicklung 1997; Weller et al. 1999; Schäfer, Schön 2000; BMU 2002;

wieder offizielle Bekundungen hören, dass wir bereits im Zeitalter der Gleichberechtigung leben würden, sieht die Praxis doch ganz anders aus.⁵⁸ Pierre Bourdieu hat in einer seiner letzten Studien über „Die Männliche Herrschaft“ gezeigt, wie subtil auch heutzutage noch die Dominanz der Männer aufrechterhalten wird und wie tief die Herrschaftsverhältnisse selbst bis in den körperlich unbewussten Bereich verankert wurden.⁵⁹

Zwar konnten die Frauen in den letzten Jahrzehnten ihre gesellschaftliche Rolle verbessern, doch hat sich letztlich der Abstand zu der Machtposition der Männer nicht so wesentlich verringert, wie es erhofft wurde:

„Auf der einen Seite haben sich epochale Veränderungen – insbesondere in den Bereichen Sexualität, Recht und Bildung – vollzogen. In der Summe sind dies (von Sexualität einmal abgesehen) aber eher Veränderungen im *Bewusstsein* und auf dem *Papier*. Ihnen steht auf der anderen Seite eine *Konstanz im Verhalten und der Lagen* von Männern und Frauen (insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in der sozialen Sicherung) gegenüber. Dies hat den scheinbar paradoxen Effekt, dass das Mehr an Gleichheit die fortbestehenden und sich verschärfenden Ungleichheiten noch deutlicher ins Bewusstsein hebt.“⁶⁰ (Beck 1986, S. 162)

Pierre Bourdieu beschreibt allerdings auch, in welchem Maße der Anspruch der Männlichkeit für die Männer zwar Vorteile mit sich bringt, zugleich aber auch eine Bürde darstellt.⁶¹ Man sollte daher den Optimismus bewahren, dass die Männer eines Tages ebenso wie die Frauen an einer gleichberechtigten Stellung der Geschlechter Gefallen finden könnten.

Biesecker, Hofmeister 2003; Gottschlich 2003; Hofmeister, Weller 2004 und Weller 2004. Zum allgemeinen Nachhaltigkeitsziel der Chancengleichheit Masserat 2004 und Offe 2001.

58 Siehe hierzu Beck 1986, Kap. 4; Beck-Gernsheim 1985; Holm 1998; Biesecker, Winterfeld 2000; Holst 2002, Jansen 2004, Klinger 2003 und Zollinger, Holst 2003.

59 Vgl. Bourdieu 2005. Siehe hierzu auch die eingehende Beschreibung der Geschlechterverhältnisse in Weller 2004, 20 f. Am schwersten zu beeinflussen ist die symbolische Dimension mit ihren tief verwurzelten Auf- und Abwertungen der Geschlechterrollen.

60 Nach einer Zusammenstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist der Frauenanteil bei den C4-Professorenstellen von 3,8 (1992) auf 9,2 % (2004) gestiegen, der Frauenanteil im Topmanagement von Großunternehmen von 3,2 (1995) auf 6,9 % (2004). Im Bundestag sind jetzt 31,6 % Frauen vertreten gegenüber 5,8 % im Jahr 1972, siehe Siemens 2006. Von einer Repräsentanz im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil (2000: 51,2 %) sind diese Relationen trotz der beobachtbaren Verbesserungen noch weit entfernt. Siehe auch die Studie von Accenture (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.03.2006): „Der Studie zufolge glauben nur knapp ein Drittel (30 Prozent) der weiblichen Führungskräfte und 43 Prozent ihrer männlichen Kollegen, dass Frauen heutzutage tatsächlich die gleichen Chancen am Arbeitsplatz haben“.

61 Siehe Bourdieu 2005, 92 ff.

Solange sich eine männlich dominierte Geldwirtschaft mit ihren Machtmitteln und eine weiblich geprägte, relativ ohnmächtige Hauswirtschaft gegenüberstehen, besteht wohl wenig Hoffnung, das angestrebte Ziel der Gleichberechtigung zu erreichen.⁶² Ein entscheidender Schlüssel für eine grundlegende Änderung der Machtverhältnisse könnte daher in einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen an den Lebensbereichen Erwerbsarbeit und Familie gesehen werden.⁶³ Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Solange die Betreuung der Kinder letztlich doch mehr oder weniger Aufgabe der Mütter bleibt, während sich die Väter auf ihre berufliche Karriere konzentrieren können, sind die Chancen der Frauen, sich im Erwerbsleben ebenso wie die Männer profilieren zu können, sehr eingeschränkt. Das Risiko, dass Frauen für einen mehr oder weniger langen Zeitraum zu Hause bleiben, wenn sie Kinder bekommen, motiviert in der Praxis die Mehrzahl der Arbeitgeber, den Männern letztlich doch größere Chancen zu eröffnen.

Wie ließe sich eine gleiche Teilhabe an Erwerbsarbeit und Familie erreichen?⁶⁴ Ein mögliches Gesellschaftsmodell besteht darin, dass Männer und Frauen gleichermaßen voll berufstätig sind und die Kinder inzwischen in Tageseinrichtungen betreut werden. Diese Lebensform wurde vor allem in planwirtschaftlichen Ländern, wie Russland und China, realisiert. Voraussetzung ist allerdings, dass auch genügend Vollarbeitsplätze vorhanden sind. In den westlichen Ländern hat die ständige Zunahme der Arbeitsproduktivität dafür gesorgt, dass immer weniger bezahlte Arbeit für die erwerbsfähige Bevölkerung zur Verfügung steht.⁶⁵ Der Ausweg, dass vor allem Frauen neben ihrer häuslichen Versorgungsarbeit Teilzeitjobs übernehmen, kann keine Lösung sein, weil es die ungleiche Situation der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt eher weiter zementiert.

62 Am Bruttoinlandsprodukt, dem Maßstab für die erwerbswirtschaftlich erzeugte wirtschaftliche Leistung, hatten die Frauen im Jahr 2000 nur einen Anteil von 33,3 %, am Wert der Haushaltsproduktion dagegen von 61,4 %, siehe Schaffer, Stahmer 2006a.

63 Siehe hierzu auch Beck 2000b, 53 ff. und Biesecker, Winterfeld 2000, 271 ff. Detaillierte Angaben zu der Erwerbsbeteiligung nach Geschlecht enthält Wanger 2006. Zur Situation der Familie siehe auch Leipert 2001, Maihofer et al. 2001 und Meier 2002.

64 Siehe hierzu auch die Zukunftsszenarien im 7. Familienbericht (BMFSFJ 2006), Kapitel VIII, S. 260–296.

65 Wenn wir uns in Deutschland die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit der erwerbstätigen Männer (2000: 1714 Stunden) als Vorbild nehmen würden und allen Erwerbsfähigen, die nicht mehr in Ausbildung und noch nicht in Rente sind, einen Vollerwerbsarbeitsplatz in dieser Höhe verschaffen wollten, so müsste das Arbeitsvolumen um fast die Hälfte steigen. Bezogen auf alle Erwerbsfähigen liegt die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit jetzt bereits – bedingt durch die niedrigeren Arbeitszeiten der Frauen und das hohe Ausmaß von Stiller und „stillster“ Reserven – bei 1170 Arbeitsstunden (2000), d. h. nur um etwa ein Sechstel über den angestrebten 1000 Arbeitsstunden in der Halbtagesgesellschaft. Auch die Hoffnung auf den demographischen Wandel und eine dadurch mögliche Verknappung des Arbeitsangebots trägt. Die letzten geburtenstarken Jahrgänge werden erst in den Zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts in Rente gehen. Inzwischen steigt aber aller Voraussicht nach auch die Arbeitsproduktivität weiter an (bis 2025 um etwa ein Drittel).

Nur eine starke Verminderung der Regelarbeitszeit erscheint als ein vielversprechender Weg, Arbeitsplätze für alle Erwerbsfähigen zu schaffen und zugleich Männern und Frauen die Chance zu geben, sich gleichermaßen an der Familienarbeit zu beteiligen. „Eine radikale Arbeitszeitverkürzung im Erwerbsbereich bei gleichzeitiger Vervielfältigung der Erwerbsarbeitsplätze bietet die Grundlage dafür, dass jeder Mann und jede Frau neben der Erwerbsarbeit auch Versorgungsarbeit leistet.“ (Biesecker, Winterfeld 2000, S. 275) Die im Modell der Halbtagsgesellschaft vorgenommene Reduktion der Erwerbsarbeitszeiten wurde deshalb so gewählt, dass Männer und Frauen tatsächlich die Hälfte ihrer Zeit für unbezahlte und bezahlte Arbeit zur Verfügung haben und sich entsprechend auch bei der Kinderbetreuung mit gleichen Anteilen beteiligen können.⁶⁶

In der Praxis könnte die Arbeitsteilung zwischen den Eltern beispielsweise so aussehen, dass die Mutter in der Zeit der Schwangerschaft und nach der Geburt eine erste Betreuungsphase von zwei bis drei Jahren übernimmt, während der Vater voll erwerbstätig bleibt. Nach einer Phase der Auffrischung ihrer beruflichen Kenntnisse bzw. der Weiterbildung würde dann die Mutter wieder für drei Jahre voll erwerbstätig sein, während der Vater das Kind (oder die Kinder) bis zur Einschulung betreut. Im Anschluss an diese zweite Phase der Kinderbetreuung fände dann wieder ein Rollentausch statt, d. h. die Mutter betreut das (die) Grundschulkind (-kinder) für einige Jahre, während der Vater seine Erwerbstätigkeit wieder aufnimmt. Natürlich ließen sich auch ganz andere Arbeitsteilungsmodelle vorstellen, die den Interessen der Eltern ebenso wie den Anforderungen der Erwerbsarbeitsplätze gerecht werden könnten. Es sollte dabei aber stets garantiert sein, dass die Chancengleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt gewahrt bleibt und sich die Eltern als Bezugsperson und Ansprechpartner für ihr Kind (ihre Kinder) in gleichem Maße abwechseln können.

Dieses Familienmodell bedeutet nicht, dass die Kleinfamilie in ihrer herkömmlichen Form konserviert werden soll. In der Halbtagsgesellschaft soll ja gerade die Isolierung der einzelnen Haushalte aufgehoben werden und die Menschen im Bedarfsfall von anderen Hilfestellung bekommen. Eltern könnten sich z. B. im Rahmen von Selbsthilfegruppen („Krabbelgruppe“) zusammenschließen und bei der Betreuung der Kinder gegenseitig unterstützen. Natürlich wäre auch eine Unterstützung durch Großeltern hilfreich, ebenso wie die Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Gruppierungen im Rahmen des geplanten engmaschigen sozialen Netzwerkes.⁶⁷ Alle diese Leistungen werden im Rahmen des Modells der Halbtagsgesellschaft mit Zeitgutschriften vergütet, die von den sozial engagierten Personen im eigenen Bedarfsfall wieder gegen Hilfe von anderen eingelöst werden können. Zusätzliche Anregungen erhalten die Kinder durch den Kinder-

66 Heutzutage liegt der Anteil der Männer, die von der Möglichkeit der Elternzeit Gebrauch machen, noch unter 5 %. Dieser Anteil erscheint als ein, vielleicht sogar als *der* zentrale Indikator bei der Frage, inwieweit wir uns bereits in einer sozial nachhaltigen Gesellschaft befinden.

67 Siehe hierzu den Überblick in Heinze, Strünck 2000.

garten oder die Vorschule. Viel spricht allerdings dafür, dass ihr Besuch nur halbtags stattfinden sollte, um genügend Raum für selbst bestimmte Spiele mit Gleichaltrigen und für den Kontakt mit den Eltern zu lassen.

Dieses Familienmodell hat nur Realisierungschancen, wenn auch eine genügende finanzielle Absicherung gegeben ist. Neben dem Einkommen des (der) jeweils voll Berufstätigen erscheint eine wesentliche Aufstockung des Kindergeldes nötig, um zumindest die zusätzlichen Kosten, die das Kind (die Kinder) verursachen, zu decken. Damit soll auch erreicht werden, dass die Erfüllung eines Kinderwunsches nicht an ökonomischen Problemen scheitert. Das Modell der Halbtagsgesellschaft sollte neue Chancen eröffnen, die Geburtenrate zu erhöhen und damit den absehbaren Bevölkerungsrückgang abzubremsen.

Schwieriger stellt sich die Situation für alleinerziehende Mütter und Väter dar, die mit keinem neuen Partner zusammenleben. Der Wechsel zwischen Familie und Beruf ist hier nicht ohne weiteres möglich, da sonst das Kind (die Kinder) für eine Zeit lang unversorgt bleibt (bleiben). Solange die Eltern, die jetzt in verschiedenen Haushalten wohnen, im Interesse des Kindes noch zusammenhalten, könnte(n) das Kind (die Kinder) abwechselnd für eine Zeit lang bei einem der Elternteile leben, während der andere Elternteil die berufslose Zeit des betreuenden Elternteils finanziert. Falls dieses Modell nicht möglich ist, weil das nötige Vertrauensverhältnis zwischen den Eltern nicht mehr besteht, könnte eine Lösung darin bestehen, dass sich mehrere Alleinerziehende zusammentun und umschichtig die Kinderbetreuung ebenso wie die Erwerbsarbeit übernehmen. Das verdiente Einkommen würde dann in eine gemeinsame Haushaltskasse fließen.

Das vorgestellte Modell von wechselnder Berufs- und Familienarbeit ließe sich nur realisieren, wenn auch Ehepaare, unverheiratete Paare und Singles, die keine Kinder haben oder deren Kinder nicht mehr zu Hause leben, mitziehen würden. Wenn ein Teil der Bevölkerung auf volle Berufstätigkeit verzichtet und sich ein anderer Teil ganz auf den Beruf konzentrieren kann, entstünden automatisch auf dem Arbeitsmarkt Nachteile für die erste Gruppe. Deshalb müssten die „Kinderlosen“ ebenfalls ihre Arbeitsstunden reduzieren und im Wechsel bzw. gleichzeitig bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Aktivitäten übernehmen. Zu diesen Tätigkeiten könnte das gesamte Spektrum des sozialen Engagements gehören, z. B. Unterstützung von Pflege- und Hilfsbedürftigen, ehrenamtliche Tätigkeiten, Mitarbeit in Selbsthilfegruppen und viele andere soziale Aufgaben. Auch diese Aktivitäten werden gegen Zeitgutschriften „entlohnt“, welche den Hilfeleistenden später selbst zugutekommen.

Natürlich kann man es niemandem verbieten, länger zu arbeiten. Soweit die Arbeitszeitverkürzung nicht tarifvertraglich abgesichert ist, liegt die Arbeitsgestaltung bei individuellen Absprachen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

oder – wie bei Selbstständigen – völlig im Ermessen des Einzelnen. Hier erscheint eine wesentlich höhere Besteuerung der Einkünfte aus zusätzlicher Arbeit nötig, da soziale Aufgaben dann vom Staat oder anderen Institutionen mit den entsprechenden Kosten übernommen werden müssten.

Auch bei Personen ohne Kinder stellt sich die Frage nach der Finanzierung der Zeiten, in denen die Betroffenen sich sozial engagieren und kein Einkommen haben. Natürlich liegt es nahe, dass sich verheiratete und unverheiratete Paare wie in dem Fall der Eltern mit Kindern bei Erwerbsarbeit und unbezahltem sozialem Engagement abwechseln und umschichtig finanzieren. Auch Alleinstehende könnten sich natürlich mit anderen zu gemeinsamen Lebens-, Wohn- und Finanzierungsgemeinschaften zusammenschließen.

Singles, die keine Möglichkeit finden, sich mit anderen zu Formen des „Work-Sharing“ zusammenzufinden, müssten auf andere Weise Vorsorge für die Zeiten ohne Erwerbseinkommen treffen. So könnten sie bei reduziertem Einkommen zunächst voll arbeiten und dann unter Fortzahlung der Gehälter für eine zweite Hälfte freigestellt werden, ohne dass sie die Zugehörigkeit zu ihrer Arbeitsstätte verlieren. Ein Vorteil dieser Lösung bestünde darin, dass die Beschäftigten für den gesamten Zeitraum sozialversicherungspflichtig bleiben und kontinuierlich für ihre Rente sorgen könnten. Vorbild wäre hier das Blockmodell im Rahmen der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst. Eine Alternative läge darin, in der Zeit des Vollarbeitsverhältnisses anzusparen und diese Mittel dann für die Zeit ohne Erwerbsarbeit zu nutzen

Heutzutage geht der Trend dahin, dass den Arbeitnehmern in den Betrieben vordergründig immer stärkere Eigenverantwortung übertragen wird. Nach japanischem Vorbild sollen sich die Mitarbeiter(innen) mit ihrem Betrieb identifizieren und dadurch eine noch höhere Leistung erbringen. Letztlich steht aber natürlich trotzdem ein Kontrolleur im Hintergrund, der den Arbeitsertrag laufend bewertet. Wenn die Arbeit nicht zu den gewünschten Erfolgen führt, droht Arbeitslosigkeit. Bei dem überragenden Prestige, welches die bezahlte Arbeit immer noch besitzt, führen derartige Arbeitsbedingungen bei den betroffenen Arbeitnehmern fast automatisch zu Überstunden und Selbstausschöpfung. Frühzeitige gesundheitliche Probleme und fehlende Kräfte bei zunehmendem Alter sind die Folge. Ebenso leidet das Privatleben, weil die Arbeitskräfte die Probleme ihrer Erwerbstätigkeit auch in die freie Zeit mitnehmen.

Der Ansatz der Halbtagsgesellschaft sieht vor, den Einfluss der Erwerbsarbeit drastisch zu verringern und Spielräume für tatsächlich selbst bestimmte Arbeit zu schaffen. Damit könnten auch die gesundheitlichen Belastungen, die mit den heutigen Arbeitsbedingungen verbunden sind, wesentlich vermindert werden. Nur unter diesen Bedingungen kann man erwarten, dass auch die älteren Menschen noch über genügend Elan verfügen, auch in fortgeschrittenem Alter neben

unbezahlten Tätigkeiten weiterhin Erwerbsarbeit zu übernehmen. Die jetzt wieder diskutierte Erhöhung des Rentenalters wäre dann auch aus der Sicht der Betroffenen nicht nur ein Mittel, um die tatsächlich ausgezahlten Renten zu kürzen, sondern auch ein echter Anreiz, weiterhin in sinnvoller Weise am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Voraussetzung wäre allerdings auch, dass die Unternehmen und andere Arbeitgeber Arbeitsplätze schaffen, die auf die Lebenssituation der Älteren zugeschnitten sind.⁶⁸ Ihr langjähriger Erfahrungsschatz könnte z. B. dadurch genutzt werden, dass sie mit zunehmendem Alter eher beratende Aufgaben übernehmen und von der Last der unmittelbaren Verantwortung befreit werden. Hier stehen wir in Deutschland erst am Anfang. Arbeitsmodelle speziell für Ältere wurden erst sehr sporadisch entwickelt.⁶⁹

Eine Gesellschaft kann nur zukunftsfähig sein, wenn auch für die Älteren Lebensformen geschaffen werden, die ihnen ermöglichen, weiterhin eine wichtige Rolle in der Gesellschaft zu spielen, ihnen gleichzeitig aber auch die Sicherheit geben, in Fällen von Krankheit und Pflege versorgt zu sein.⁷⁰ Heutzutage ist die Situation für ältere Menschen in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend.⁷¹ Es fehlen Gestaltungsmöglichkeiten für noch aktive Senioren. Alte Menschen werden nur zu häufig in Heime abgeschoben, auch wenn sie bei entsprechender Unterstützung in ihren eigenen vier Wänden noch wohnen bleiben könnten. Die Aufgabe ihrer Selbstständigkeit und die unzureichende Betreuung in vielen Alten- und Pflegeheimen sorgen dann dafür, dass alte Menschen oft resignieren und nur noch passiv ihren Lebensabend fristen.

In dem Modell der Halbtagsgesellschaft mit seiner Betonung der unbezahlten Arbeit ist es das Ziel, die älteren, häufig alleinstehenden Menschen in ihrem gewohnten Umfeld zu belassen, sie aber gleichzeitig aus ihrer Vereinzelung zu befreien und ihnen die nötige Hilfe zu geben. Dazu könnte beitragen, dass sich Ältere zusammenschließen, um sich in gemeinsamen Wohnformen oder in lockerem Verbund gegenseitig zu unterstützen.⁷² Die „jungen Alten“ helfen dabei den Älteren, schon Gebrechlicheren, und werden später, wenn sie selbst Hilfe benötigen, von anderen Jüngeren unterstützt. Das bereits praktizierte Modell der Seniorengenossenschaften, in denen sich Ältere zur gegenseitigen Hilfe zusammenschließen, ist hier ein gutes Beispiel.⁷³ Die Aktivitäten dieser Selbsthilfegruppen gehen über die Pflege im Notfall weit hinaus. Genauso wichtig er-

68 Dies wird umso nötiger sein, weil von 2010 bis 2020 der Anteil der geburtenstarken Jahrgänge von 50-64-Jährigen in Deutschland erheblich ansteigen wird, siehe Kistler, Huber 2002, 18.

69 Siehe Huber et al. 2002.

70 Siehe hierzu auch Heinze et al. 2005. Zu der dramatischen Zunahme des Anteils Älterer in den nächsten Jahrzehnten und den daraus entstehenden Problem für die Gesellschaft siehe den eindringlichen Appell von Schirrmacher (2004).

71 Siehe den Überblick im 5. Bericht der Bundesregierung zur Lage der älteren Generation (BMFSFJ 2005).

72 Siehe Heinze et al. 2005 und Geißler, Monninger 2006.

73 Siehe Otto 1995; Taube 1993; Sikora, Hoffmann 2001, 137 ff.; Heinze, Strünck 2000, 205 f.

scheint ihnen eine anregende Freizeitgestaltung mit gemeinsamen Reisen, Ausflügen und Hobbys.

So unterstützenswert es ist, dass Ältere sich untereinander helfen, so wichtig ist auch der Kontakt zwischen den Generationen. Früher war es selbstverständlich, dass in der Großfamilie die Großeltern für die Enkelkinder, umgekehrt aber auch die jüngeren Familienmitglieder für die Alten sorgten. Diese Lebensform lässt sich bei der heutigen Mobilität und den berechtigten Ansprüchen auf selbstständige Lebensführung der Generationen nicht mehr zurückholen. Trotzdem würde es das vorgeschlagene soziale Netzwerk wesentlich bereichern, wenn Ältere – soweit sie dazu kräftemäßig in der Lage sind – mit ihrer Lebenserfahrung auch Jüngeren, vor allem den Kindern, zur Seite stünden, z. B. durch Nachhilfeunterricht, Babysitten und Vorlesen.

Umgekehrt wäre es notwendig, dass ältere Alleinlebende oder auch Paare, die sich nicht mehr ausreichend gegenseitig helfen können, von Jüngeren unterstützt werden. Natürlich kann in Pflegefällen auf professionelle bezahlte Hilfe nicht verzichtet werden. Aber es gibt Millionen von alten Menschen, die jetzt ganz auf sich gestellt sind. Hier könnten z. B. junge Menschen eine Art Patenschaft übernehmen und sie in ihrem Alltag begleiten, bei gemeinsamen Spaziergängen, durch Unterstützung bei Behördengängen und geschäftlichen Angelegenheiten, oder einfach durch Zuhören und Anteilnahme. In unserer Gesellschaft mit einem immer höheren Anteil von Älteren liegt hier eine zentrale soziale Aufgabe. Erst wenn es mit vereinten Kräften nicht mehr möglich ist, die Älteren in ihrem eigenen Haushalt ambulant zu unterstützen, sollte als Ultima Ratio die Aufnahme in ein Alters- oder Pflegeheim in Erwägung gezogen werden.

Natürlich wird diese Lebensform vor allem durch Rente bzw. Pension finanziert. Hinzu kommen aber die im Modell der Halbtagsgesellschaft angesparten Zeitguthaben als zweite, im Laufe der Zeit immer wichtigere Säule der Altersvorsorge. Diese Zeitwährung könnte gerade für die Älteren eine wichtige Rolle spielen. Die Jüngeren dürften durch ihre sozialen Aktivitäten in der Regel mehr Zeitguthaben ansammeln als sie selbst als Entgelt von empfangenen Leistungen wieder ausgeben. Die Älteren dagegen würden dagegen eher von dem früher angesammelten Zeitguthaben Gebrauch machen und vermindern entsprechend ihren Zeitkontostand. In Deutschland liegen auf diesem Gebiet bereits Erfahrungen im Rahmen von Seniorengenossenschaften, vor allem in Baden-Württemberg vor. Sollte das Zeitguthaben bereits zu sehr geschrumpft sein, sollte es auch möglich sein, dass Jüngere den Älteren, z. B. Kinder ihren Eltern, Zeitgutscheine schenken. Dies wird bereits in Japan erfolgreich praktiziert.⁷⁴

74 Siehe das japanische System des Fureai-Kippu (d. h. „In Schwierigkeiten zusammenhalten“), weitere Erläuterungen dazu im Internet unter diesem Stichwort.

6. Weiterer Klärungsbedarf

Die Diskussion über das Konzept der Halbtagsgesellschaft steht erst am Anfang. In der gegenwärtigen Phase stellen sich mehr offene Fragen als fertige Antworten. Es ist geplant, für die erste Jahreshälfte 2008 am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld eine Kooperationsgruppe zusammenzustellen, die sich intensiv mit diesem Gesellschaftsmodell beschäftigen soll. Zusätzlich ist eine Internet-Präsentation vorgesehen, die auch Nicht-Fachleuten ein Forum bieten soll, sich zu einer Thematik zu äußern, die alle Bevölkerungsgruppen unmittelbar angehen würde. Auf diese Weise soll sowohl interdisziplinär als auch transdisziplinär gearbeitet werden, um einen möglichst vielfältigen Gedankenaustausch zu erreichen.

Um die weitere Diskussion etwas zu strukturieren, ist im Folgenden eine Reihe von Themen aufgelistet, die im Rahmen eines weiteren Klärungsprozesses behandelt werden könnten. Die vorgelegte Liste von neuen Fragestellungen ist allerdings keineswegs abschließend, sie soll vielmehr laufend ergänzt und – falls nötig – überarbeitet werden. Anregungen sind dazu sehr willkommen.

Zusätzlicher Qualifizierungsbedarf

(1) Eine zentrale Frage betrifft die weitere Entwicklung des Arbeitsangebots. Die ersten Modellrechnungen der Halbtagsgesellschaft haben bereits gezeigt, wie schwierig es sein wird, alle Erwerbsfähigen so zu qualifizieren, dass sie den heutigen Anforderungen des Arbeitsmarkts genügen. Der gegenwärtige Trend geht eher dahin, dass auf der einen Seite Arbeitsplätze mit besonders hohen Anforderungen geschaffen werden, auf der anderen Seite personenbezogene Dienstleistungen nachgefragt werden, deren Anforderungsprofil – zumindest von der beruflichen Qualifikation her gesehen – relativ gering ist. „Die ‚Vision‘ der neofeudalen Dienstbotengesellschaft soll vom Albtraum der arbeitslosen Vollbeschäftigungsgesellschaft befreien.“ (Beck 2000b, 25)⁷⁵

(2) Im Modell der Halbtagsgesellschaft würde es einerseits mehr (geteilte) Arbeitsplätze mit hohen Anforderungen geben, und andererseits würden personenbezogene Aufgaben in besonderem Maße als unbezahlte Arbeit geleistet werden. Es fragt sich, ob dann überhaupt noch für Personen mit niedrigeren beruflichen Ausbildungsabschlüssen genügend Jobs auf dem formellen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen würden. Die absehbaren Engpässe könnten sich allerdings durch den demographischen Wandel etwas entspannen. Die Jüngeren sind in Deutschland im Durchschnitt höher qualifiziert als die Älteren, daher ist auf längere Sicht mit einer allmählichen Anhebung des Ausbildungsniveaus zu rechnen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass gleichzeitig die Anforderungen

75 Siehe dazu auch Gorz 1989, 192 ff.

des Arbeitsmarktes an die Qualität des Arbeitsangebotes noch stärker steigen und sich dadurch die berufliche Situation der Minderqualifizierten insgesamt weiter verschlechtert.⁷⁶

(3) Um das durchschnittliche Ausbildungsniveau auch unter Bedingungen einer stark reduzierten Erwerbsarbeitszeit aufrecht zu erhalten, wird es bei dem Übergang zu einer Halbtagsgesellschaft in besonderem Maße nötig sein, Erwerbsfähige auch lange nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase und nach vielen Jahren der Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit noch weiter auszubilden. Dieses Konzept des lebenslangen Lernens stößt allerdings leicht an Grenzen. Unter den heutigen Bedingungen kann der Spielraum für nachträgliches Lernen wohl nur als recht gering eingeschätzt werden. Für eine andauernde Lernfähigkeit müsste schon bei Kindern und Jugendlichen gezielt die entsprechende Grundlage gelegt werden, damit sie im späteren Leben bei Bedarf abgerufen werden kann. Auch diese Beschränkungen sprechen dafür, dass es sich bei dem Weg zu einer Halbtagsgesellschaft nur um eine Entwicklung handeln kann, die erst nach Jahrzehnten zum Erfolg führen kann.

(4) Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Einführung einer Halbtagsgesellschaft mit ihrer Verstärkung der sozialen Netzwerke und der Eigeninitiative der Bürger besteht in der nötigen Ausbildung vor allem der jungen Menschen zur *sozialen Kompetenz*. Damit ist nicht nur eine allgemeine Fähigkeit zum Mitdenken mit anderen gemeint, sondern auch spezifische Kenntnisse, um den Mitmenschen auch auf geeignete Weise helfen zu können. Die bereits vorliegenden Vorschläge für einen geeigneten schulischen Unterricht und weitere Ausbildungsmöglichkeiten z. B. im Rahmen eines sozialen Jahres, müssten eingehend geprüft werden. Ganz allgemein sollte gelten, dass jeder Ausbildungsgang neben der nötigen Vermittlung von spezifischen Kenntnissen für die vorgesehene Berufsausbildung stets die soziale und nach Möglichkeit auch ökologische Dimension des betreffenden Berufszweigs vermittelt. Grundsätzlich stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen das für eine Realisierung der Halbtagsgesellschaft nötige soziale Verhalten in einer Zeit, die eher weitere Individualisierung und damit auch Isolierung fördert, vermittelbar ist.

Einkommensentwicklung und Konsumverhalten

(5) Mit der Einführung einer Halbtagsgesellschaft könnten die Frauen durch erhöhte Erwerbstätigkeit insgesamt etwas mehr Einkommen erzielen. Dem stehen aber eine erhebliche Verkürzung der Erwerbsarbeitsstunden bei den Männern und – damit verbunden – mögliche Einkommensverluste gegenüber. Zu untersuchen wäre, wieweit diese – wie bei früheren Arbeitszeitverkürzungen – durch Produktivitätssteigerung ausgeglichen werden können. Auch wurde bereits er-

76 Siehe hierzu Meyer, Wolter 2006.

wähnt, dass hier neue Formen des gemeinsamen Wirtschaftens und eine verstärkte Arbeitsteilung bei bezahlter und unbezahlter Arbeit helfen könnten. Zu klären ist aber noch, wie sich die neue Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen auf die Einkommenssituation der verschiedenen Lebensformen auswirken würde und ob nicht für einzelne Lebensformen zu starke Benachteiligungen auftreten würden. Für Familien mit Kindern, die heutzutage verstärkt unter dem *Armutsrisiko* leiden (z. B. Alleinerziehende), stellt sich die Frage, ob insbesondere minderqualifizierte Einkommensbezieher noch ein ausreichendes Einkommen erhalten würden. Die vorgesehene starke Erhöhung des Kindergeldes, um die zusätzlichen Kosten des Kindes (der Kinder) zu decken, wäre sicher eine wesentliche Hilfe. Zusätzlich wäre aber auch zu diskutieren, ob in diesen Fällen staatliche Zuschüsse dafür sorgen müssten, dass diese Erwerbstätigen das nötige *Grundeinkommen* bekommen. Eine andere Möglichkeit, nämlich Mindestlöhne festzulegen, hätte den Nachteil, dass die Minderqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt bleiben und Arbeitgeber – in noch größerem Maße als heutzutage bereits üblich – Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagern würden.

(6) Mit der Einkommenshöhe sind auch die Möglichkeiten verbunden, Konsumgüter zu kaufen. Es ist zu prüfen, ob die Halbtagsgesellschaft durch ihre vergrößerten Zeitspielräume zu einem gezielten und ökologisch nachhaltigeren *Konsumverhalten* beitragen könnte. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass das Einkommen für einzelne Bevölkerungsgruppen sich so verringern könnte, dass sie es sich nicht leisten könnten, ökologisch hochwertigere, aber auch in der Herstellung teurere Erzeugnisse zu kaufen. Hier ist zu prüfen, in welchem Maße regionale Netzwerke von Produzenten und Konsumenten hilfreich wären, die durch gemeinsamen Einkauf und Unterstützung bei der Anlieferung der Konsumgüter die Regionalprodukte auch für niedrigere Einkommensgruppen erschwinglich machen könnten.

Aufwertung der unbezahlten Arbeit

(7) Bei dem heutigen überragenden gesellschaftlichen Prestige der Erwerbsarbeit stellt sich natürlich die Frage, wie eine Reduktion der Arbeitsstunden gerade für die Höherqualifizierten attraktiv gemacht werden könnte. Würde es ausreichen und wäre es überhaupt durchzusetzen, dass Tarifverträge niedrigere Wochenarbeitszeiten vorsehen und die Stunden, die über das generell niedrige Arbeitszeitniveau hinaus geleistet werden, wesentlich höher besteuert werden? Wie kann es gelingen, die unbezahlten Leistungen *gesellschaftlich* so aufzuwerten, dass die Einzelnen von sich aus eine Balance zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit anstreben? Mit finanziellen Druckmitteln allein wird man dieses Ziel nicht erreichen können. Wenn sich die Prioritäten der Bevölkerung nicht aus eigener Überzeugung grundsätzlich ändern würden, besteht die Gefahr, dass zwar offiziell weniger Erwerbsarbeitsstunden geleistet werden, um erhöhte Steuersät-

ze zu vermeiden, gleichzeitig aber die zusätzlich freie Zeit genutzt wird, um sich eben mit Schwarzarbeit etwas hinzu zu verdienen.

(8) Natürlich ist es auch eine zentrale Frage, ob sich Frauen und Männer tatsächlich auf das Konzept einer *gleichen Teilhabe an Familie und Beruf* einlassen würden. Können erwerbstätige Männer überzeugt werden, dass sie unter der jetzigen kräftezehrenden Form der Erwerbsarbeit und dem zunehmenden Konkurrenzdruck auf längere Sicht so zu leiden haben, dass es in ihrem eigenen Interesse liegen würde, eine bessere Lebensbalance zu finden und den Preis in Kauf zu nehmen, dass sie ihre jetzige ökonomische Vorzugsposition aufgeben müssten? Würden es nicht gut ausgebildete Frauen, die jetzt erst nach jahrzehntelangen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die Möglichkeit erlangt haben, genauso wie die Männer eine interessante berufliche Aufgabe zu finden, als Rückschritt empfinden, zumindest zeitweise wieder „zurück an den Herd“ zu gehen?⁷⁷ Viel Überzeugungsarbeit dürfte wohl nötig sein, um gerade hoch qualifizierte Bevölkerungsschichten, die in der Öffentlichkeit meinungsbildend und in politischen Gremien an Entscheidungen für die Zukunft beteiligt sind, für das Konzept der Halbtagsgesellschaft zu gewinnen.

(9) Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang auch eine Diskussion, in welchem Maße *soziale regionale Netzwerke* die Familien unterstützen könnten. Wenn auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den Familien eine zentrale Aufgabe im Rahmen der unbezahlten Arbeit zukommen dürfte, so erscheint es besonders wichtig, dass Familien so weit wie möglich durch Selbsthilfegruppen, Nachbarschaften und regionales bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden, damit sie nicht mit ihren Aufgaben überfordert und von ihrem gesellschaftlichen Umfeld isoliert werden

(10) Das Konzept der Halbtagsgesellschaft betrifft in besonderem Maße auch die Situation der *Älteren*. Es stellt sich hier die Aufgabe, die nötigen Voraussetzungen für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und für ein verstärktes soziales Engagement der Senioren zu erörtern. Dazu könnten auch bereits bestehende Organisationsformen von Älteren, z. B. Seniorengenossenschaften und Formen gemeinsamen Wohnens, auf ihre Eignung im Rahmen einer Halbtagsgesellschaft überprüft werden. Zu untersuchen ist ferner, wie durch generationenübergreifende Netzwerke eine gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Altersgruppen ganz unabhängig von den Verwandtschaftsverhältnissen erreicht werden könnte.

(11) Die für das Konzept der Halbtagsgesellschaft vorgeschlagenen Lebensläufe mit ihrem Wechsel zwischen Erwerbsarbeit, unbezahltem sozialem Engagement und Weiterbildung bedeuten weit höhere Anforderungen an die Flexibilität der

77 Siehe Becker 1998; Meier 2001 und Meier-Gräwe, Zander 2005.

Menschen als das traditionelle *Zeitmuster* mit drei relativ stabilen Lebensphasen Ausbildung, Erwerbsarbeit (oder Hausarbeit und Kinderbetreuung) und Rentenbezug.⁷⁸ Die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende Flexibilisierung der Erwerbsarbeit mit unterschiedlichster Verknüpfung zur unbezahlten Arbeit (z. B. im Rahmen von Teilzeitmodellen) würde in einer Halbtagsgesellschaft eher noch komplexer werden. Es müsste diskutiert werden, ob die Menschen nicht durch den häufigeren Wechsel ihrer Tätigkeiten überfordert und daher eher unzufrieden würden. Der angestrebte Zeitwohlstand könnte sich dann leicht in sein Gegenteil verwandeln. Ohne ein geeignetes *Zeitmanagement* lässt sich diese Problematik sicher nicht lösen. In diesem Zusammenhang erscheinen die Vorschläge der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik besonders hilfreich.⁷⁹ Ihr Manifest könnte als weitere Diskussionsgrundlage dienen.

Akzeptanz der Zeitwährung

(12) Viele offene Fragen ergeben sich auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, die für soziales Engagement aufgewendete Zeit zusätzlich zu der Geld-Währung als zweites, gleichrangiges Tauschmittel einzuführen. Vorbilder wären hier zunächst die regionalen Tauschringe, die bereits seit vielen Jahren die geleisteten Stunden als Währungseinheit verwenden. Allerdings liegt der unmittelbare Zweck der Tauschringe in einem schnellen Umschlag der Zeiten. Entsprechend verringern sich die Guthaben, wenn sie nicht bald wieder in Anspruch genommen werden.⁸⁰ Im Modell der Halbtagsgesellschaft besteht dagegen ein wichtiges Ziel darin, für zukünftige Notlagen anzusparen. Daher sollte sich der Bestand an Zeitgutschriften, der durch das eigene soziale Engagement erworben wurde, nicht allein durch den Zeitablauf verringern. Beispielhaft für eine langfristige Verrechnung von Zeiten sind die bereits erwähnten Seniorengenossenschaften. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Anrechnungsform der im eigenen Haushalt geleisteten Versorgungsleistungen, z. B. bei der Kinderbetreuung oder Pflege der Eltern. Hier könnte ein pauschales Anrechnungssystem von Zeiten Anwendung finden. Bei Leistungen außerhalb des Haushalts könnten die Stunden jeweils abgerechnet werden, allerdings sind zusätzlich angefallene Kosten, z. B. Ausgaben für die Fahrten oder Materialien, getrennt gegen Geld zu begleichen.

(13) Die bisherigen Erfahrungen bei der Zeitwährung beziehen sich nur auf relativ kurze Zeiträume und auf eng begrenzte Regionen. Wenn dieses zweite Tauschmittel neben der Geldwährung eine gleichrangige Rolle erlangen soll, müsste es auch überregional gelten und seine Gültigkeit auf lange Frist garantiert sein. Jüngere müssten sicher sein, dass sie im Alter die angesparten Zeitguthaben nutzen können, bei Umzügen müsste es garantiert sein, dass die Zeit-

78 Siehe hierzu Brandl, Hildebrandt 2002, insbesondere Kapitel 4.3 und 4.5.

79 Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik 2005.

80 Siehe Offe, Heinze 1990 und Sikora, Hoffmann 2001.

gutschriften auch in anderen Regionen verwendet werden können. Es müsste – wie in dem bereits erwähnten Tauschring-System in Japan – möglich sein, dass Zeitguthaben auf andere Personen, die nicht in der gleichen Gegend leben, übertragbar sind. Nur eine neuartige Form des Bankensystems könnte hier wohl die nötigen langfristigen und überregionalen Garantien übernehmen. Es stellt sich dann die Frage, wer dieses Bankensystem für die Zeitwährung organisieren könnte. Möglicherweise könnten hier die Wohlfahrtseinrichtungen, die Kirchen oder Formen eines Genossenschaftswesens helfen. Hier besteht noch ein erheblicher Diskussionsbedarf. Insbesondere müsste geprüft werden, wie neue Formen einer Dominanz institutioneller Einrichtungen vermieden werden könnten.

Reaktion der Institutionen

(14) Die Stärkung der informellen Netzwerke würde zwangsläufig zu einer Schwächung des Einflusses der jetzt noch tonangebenden Institutionen führen, sie müssten eine wesentlich veränderte Rolle in der Gesellschaft übernehmen. Die Frage stellt sich, ob die Unternehmen, staatliche Institutionen und der „dritte Sektor“ von Wohlfahrtseinrichtungen, Kirchen und Verbänden diesen Machtverlust hinnehmen oder ob sie nicht den im Modell der Halbtagsgesellschaft vorgesehenen gesellschaftlichen Wandel aus Eigeninteresse blockieren würden. Eine wichtige Aufgabe zukünftiger Forschung müsste darin bestehen, sinnvolle und für alle Seiten akzeptable Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Auch ein dichtes soziales Netzwerk von unbezahlter Arbeit würde tatkräftige Unterstützung durch die Sektoren der bezahlten Arbeit benötigen. Das Modell der Halbtagsgesellschaft hätte keine Realisierungschance, wenn sich bezahlte und unbezahlte Arbeit nicht ergänzen, sondern in ein Konkurrenzverhältnis treten würden.

Ökobilanz

(15) Viele Fragen stellen sich auch im Zusammenhang mit der Ökobilanz einer Halbtagsgesellschaft.⁸¹ Für alle Realisierungsschritte dieses Konzepts sollte eine Art Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen werden. Auch die vorgesehenen Szenarien mit erweiterten ökonomischen Modellen werden stets ökologische Folgerechnungen umfassen müssen. Viel spricht dafür, dass die angestrebte Dezentralisierung der Gesellschaft mit seiner Betonung regionaler Netzwerke umweltverträglicher ist als eine Gesellschaft, die den überregionalen Austausch in den Mittelpunkt rückt.⁸² Die berühmte Odyssee eines Joghurtbechers, die von dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie verfolgt wurde, war hier ein besonders schlagendes Beispiel. Weitere Arbeiten sind hier nötig.

81 Siehe hierzu Hofmeister, Weller 2006.

82 Siehe hierzu Brandt et al. 2003, 172 ff. und Brandl, Hildebrandt 2002, 167 ff.

(16) Die umweltpolitischen Erfahrungen könnten ein Beispiel sein, wie sich neuartige gesellschaftliche Konzepte in der Praxis durchsetzen lassen. Ein sehr lehrreiches Beispiel hierzu ist der Verlauf der internationalen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz und die gewählten nationalen marktkonformen Umsetzungsstrategien. Hier ist es gelungen, selbst gegen größte Widerstände mächtiger Länder und Interessenvertretungen ein Projekt zu realisieren, das nicht kurzfristigen ökonomischen Gewinn, sondern ein langfristiges Überleben der Menschheit in den Mittelpunkt rückt.

Realisierungsschritte

(17) Selbst wenn das Konzept der Halbtagsgesellschaft im Laufe der nächsten Jahre weiter ausgearbeitet werden kann und sich konkretere Realisierungsschritte abzeichnen, so bleibt doch die Frage, wie dieses Gesellschaftsmodell der Bevölkerung, den Interessengruppen und den Politikern vermittelt werden kann. Notwendig wird dafür sein, eine geeignete Medienstrategie zu entwickeln. Wissenschaftliche Aufsätze und Bücher werden auf jeden Fall nicht ausreichen, um einen breiten Kreis von Interessierten zu erreichen. Besonders hilfreich würde es sicher sein, wenn überregionale Tages- und Wochenzeitschriften die Thematik aufgreifen. Viel spricht auch dafür, im Internet ein Forum einzurichten, das den Gedankenaustausch mit unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten ermöglicht. Hier sind weitere Überlegungen nötig.

(18) Eines zeichnet sich auf jeden Fall schon ab. Die Gesellschaft wird sich nur sehr allmählich ändern lassen. Wir können nicht hoffen, dass ein neuer Alexander kommt und den gordischen Knoten der komplexen Zusammenhänge auf einen Schwertstreich zerschlägt. Vielmehr wird es eher einer Ariadne bedürfen. Von ihr erhoffen wir uns einen roten Faden, der uns helfen kann, im Labyrinth der Möglichkeiten den verschlungenen Pfad zu finden, der uns in eine lebenswerte Zukunft herausführt.

Literaturverzeichnis

- Balzer, Ingrid und Monika Wächter (Hrsg.) (2002): *Sozial-ökologische Forschung – Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt*, oekom Verlag: München.
- Bang, Henrik P. (2003): *Governance as Social and Political Communication*, Manchester University Press: Manchester.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) (2000a): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Edition Zweite Moderne, Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (2000b): Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigung beginnt? In: Beck 2000a, S. 7–66.
- Beck, Ulrich (2000c): Die Seele der Demokratie – Bezahlte Bürgerarbeit. In: Beck 2000a, S. 416–448.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1985, 2. Aufl.): *Das halbierte Leben – Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie*, Fischer: Frankfurt am Main.
- Becker, Ruth (1998): Eigenarbeit – Modell für ökologisches Wirtschaften oder patriarchalische Falle für Frauen? In: Bierter, Winterfeld 1998, S. 259–293.
- Behrens, Fritz, Rolf G. Heinze und Josef Hilbert (2005): *Ausblicke auf den aktivierenden Staat*, edition sigma: Berlin.
- Benedikt XVI. (2006): Gott ist die Liebe (Deus caritas est), Enzyklika. Auszüge in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. Januar 2006, S. 8.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (2006): Subsistenzwirtschaft, Globalwirtschaft, Regionalwirtschaft. In: Maren A. Jochimsen und Ulrike Knobloch (Hrsg.): *Lebensweltökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung*, Kleine Verlag: Bielefeld (im Erscheinen).
- Bennholdt-Thomsen, Veronika, Nicholas Faraclas und Claudia von Werlhof (Hrsg.) (2003): *Subsistenz und Widerstand – Alternativen zur Globalisierung*, Promedia: Wien.
- Berger, Peter A. und Dirk Konietzka (Hrsg.) (2001): *Die Erwerbsgesellschaft – Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten*, Leske+Budrich: Opladen.
- Bergmann, Frithjof (1996): Arbeitslosigkeit durch Automatisierung – Neue Arbeitszeitmodelle. In: *Arbeits-Welten, Forum für Dimensionen und Perspektiven zukünftiger Arbeit* 1, 1996, S. 39 – 154.
- Bergmann, Frithjof (1997): Die neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 9-10/1997, S. 524-534.
- Bierter, Willy und Uta von Winterfeld (Hrsg.) (1998): *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?*, Birkhäuser Verlag: Berlin/Basel/Boston.
- Biervert, Bernd und Martin Held (Hrsg.) (1995): *Zeit in der Ökonomik – Perspektiven für die Theoriebildung*, Campus: Frankfurt am Main/New York.
- Biesecker, Adelheid (1995): Vom (Eigen-)Wert der Zeit – Normative Grundfragen der Zeitökonomik bezüglich einer Neubewertung der Zeit. In: Biervert, Held 1995, S. 190–206.
- Biesecker, Adelheid (1998): Neue Formen der Teilung und Verteilung von Arbeit. In: Vereinigung für Ökologische Ökonomie (Hrsg.), *Arbeiten in einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft*, Schriftenreihe für Politische Ökologie, Nr. 4, oekom Verlag: München.
- Biesecker, Adelheid (2000): *Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff*, Discussion Paper P 00–504, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin.

- Biesecker, Adelheid und Wolfram Elsner (Hrsg.) (2004): *Erhalten durch Gestalten – Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie*, Peter Lang: Frankfurt am Main u. a.
- Biesecker, Adelheid und Sabine Hofmeister (2003): (Re)Produktivität – Der ‚blinde Fleck‘ im Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung. In: Sabine Hofmeister, Maria-Eleonora Karsten und Tanja Mölders (Hrsg.), *Zwischentöne gestalten: Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit*, Kleine: Bielefeld, S. 38-51.
- Biesecker, Adelheid und Sabine Hofmeister (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen – Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung*, oekom Verlag: München.
- Biesecker, Adelheid und Uta von Winterfeld (2000): Vergessene Arbeitswirklichkeiten. In: Beck 2000a, S. 269-286.
- Birg, Herwig (2003): *Die demographische Zeitwende: der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, 4. Auflage, Beck Verlag: München.
- Birg, Herwig (2005): *Die ausgefallene Generation – Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*, Beck Verlag: München.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2005): *Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2006): *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*, Siebter Familienbericht, Berlin.
- BMLFUW (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) (2002): *Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung – Eine Initiative der Bundesregierung*, Wien.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)/UBA (Umweltbundesamt) (Hrsg.) (2002): *Umwelt – Nachhaltigkeit – Geschlechtergerechtigkeit, Aktivitäten in Deutschland von Rio nach Johannesburg*, oekom Verlag: München.
- Bonß, Wolfgang (1999): Jenseits der Vollbeschäftigungspolitik – Zur Evolution der Arbeit in globalisierten Gesellschaften. In: G. Schmidt (Hrsg.): *Kein Ende der Arbeitsgesellschaft: Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozess*, edition sigma: Berlin, S. 145-175.
- Bonß, Wolfgang (2000): Was wird aus der Erwerbsgesellschaft? In: Beck 2000a, S. 27-415.
- Bonß, Wolfgang (2001): Möglichkeiten und Probleme der Bürgerarbeit – Drei Thesen. In: Erwin Teufel (Hrsg.): *Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft*, Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Bosch, Gerhard et al. (2001): *Zur Zukunft der Erwerbsarbeit*, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 43, Düsseldorf.
- Bourdieu, Pierre (1992): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Pierre Bourdieu, *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, VSA-Verlag: Hamburg, S. 49-80.
- Bourdieu, Pierre (2005): *Die männliche Herrschaft*, Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Brandl, Sebastian und Eckart Hildebrandt (2002): *Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit – Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte*, Leske+Budrich: Opladen.
- Brandt, Torsten, Meike Spitzner und Joachim H. Spangenberg (2003): Zur Arbeit in einem zukunftsfähigen Deutschland. In: Spangenberg 2003, S. 165-188.
- BUND, Misereor (Hrsg.) (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland, Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Birkhäuser: Basel, Boston, Berlin.
- BUND, Misereor (Hrsg.) (2002): *Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland*, Riemann: München.

- Campbell, John L. et al. (Hrsg.) (1991): *Governance of the American Economy*, Cambridge University Press: Cambridge.
- Coenen, Reinhard und Armin Grunwald (Hrsg.) (2003): *Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland – Analyse und Lösungsstrategien*, edition sigma: Berlin.
- Dahm, J. Daniel (2003): *Zukunftsfähige Lebensstile. Städtische Subsistenz für mehr Lebensqualität*. Köln: Universität zu Köln, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät (Dissertation).
- Dahm, J. Daniel (2006): Zivile Keimzellen der Halbtagsgesellschaft – Potentiale bürger-schaftlicher Einrichtungen. In: Hartard et al. 2006, S. 101-112.
- Dahm, J. Daniel et al. (2002). Gemeinschaftsarbeit im Wohlfahrtsmix der Zukunft: unver-zichtbar. In: G. Bosch et al. (Hrsg.): *Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkungen auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität*, Campus: Frankfurt am Main, S. 162-186.
- Daly, Herman E. (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum – Die Volkswirtschaftslehre nach-haltiger Entwicklung*, Pustet-Verlag: Salzburg, München.
- Deutsche Bundesregierung (2002): *Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung*, Berlin.
- Deutsche Bundesregierung (2005): *Wegweiser Nachhaltigkeit 2005 – Bilanz und Perspekti-ven*, Kabinettsbeschluss vom 10. August 2005 im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, Berlin.
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (2005): *Zeit ist Leben – Manifest der Deutschen Gesell-schaft für Zeitpolitik*, hrsg. in Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremen (im Internet verfügbar).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2000): *Stellungnahme des DGB zum Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie*, Berlin.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2000): *Verbundprojekt Arbeit und Öko-logie – Abschlussbericht zum Projekt Nr. 97-959-3*, Berlin und Wuppertal.
- Diefenbacher, Hans (2001): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hrsg.) (1997): *Weniger ist mehr – Konzepte zur Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern*, Ein Bericht von Eva Nadai und Peter Gerber, Bern.
- Effinger, Herbert und Birgit Pfau-Effinger (1999): Freiwilliges Engagement im Sozialwesen. In: E. Kistler, H.-H. Noll und E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusam-menhalts*, edition sigma: Berlin, S. 307-323.
- Empacher, Claudia und Peter Wehling (2002): *Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit – Theoretische Grundlagen und Indikatoren*, Studentexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung, Nr. 11, Frankfurt am Main.
- Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundes-tages (1998): *Bericht – Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfä-hige Bürgergesellschaft*. Schriftenreihe, Bd. 4, Opladen.
- Europäische Kommission (2001): *Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaf-fen*, KOM(2001) 678, November, Brüssel.
- Evers, Adalbert und Thomas Olk (1996): *Wohlfahrtspluralismus*. Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Flieger, Burghard (2001): *Betriebliche Formen gemeindenaher ökologischer Versorgung*. Discussion Paper P 01-510, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.) (1997): *Zukunftsfähiges Deutschland – Zukunft für Frauen?* Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn.
- Fraser, Nancy (1994): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtsystem. In: Axel Honneth (Hrsg.), *Pathologien des Sozialen*, Fischer Verlag: Frankfurt am Main, S. 351-376.

- Friedman, Steward D., Perry Christensen und Jessica DeGroot, (1998): Work and Life – The End of the Zero-Sum Game. In: *Harvard Business Review*, November-December, S. 1-30.
- Friedman, S. D., P. Christensen und J. Degroot (1999): Arbeit und private Pflichten – der lösbare Konflikt. In: *Harvard Business Manager*, 3/1999, S. 1-11.
- Frohn, Joachim (2002): Zur Erweiterung von ökonometrischen Umweltmodellen um soziale Komponenten. In: Hartard, Stahmer 2002, S. 89-104.
- Frohn, Joachim (2006): Sozioökonomische Modellierung und ökonometrische Modelle. In: Statistisches Bundesamt 2006 (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- Frohn, Joachim, Wolfgang Lemke und Pu Chen (2004): Die Nutzung von Zeitverwendungsinformationen zur Einbeziehung sozialer Aspekte in makroökonomische Systeme. In: Hartard, Stahmer 2004, S. 91-100.
- Frohn, Joachim und Pu Chen (2006): Alternative ökonometrische Zeitverwendungsmodelle. In: Hartard et al. 2006, S. 173-182.
- Fuchs, Johann (2002): Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise. In Gerhard Kleinherz (Hrsg.), *IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Inst. für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, S. 79-94.
- Geißler, Katja und Gerhard Monninger (Hrsg.) (2006): *Altes Eisen schmiedet Zukunft – Ehrenamtliches Engagement für Nachhaltigkeit in der nachberuflichen Lebensphase*, oekom Verlag: München.
- Goetz, André (1989): *Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*, Rotbuch: Berlin.
- Goetz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Edition Zweite Moderne, hrsg. von Ulrich Beck, Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Gottschlich, Daniela (2003): Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit – Zum Verhältnis von Feminismus und nachhaltiger Entwicklung in Theorie und Praxis., In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, Bd. 4, H. 1, S. 108-118.
- Habermas, Jürgen (1997): *Faktizität und Geltung* (5. Auflage, Erstauflage 1992). Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Hartard, Susanne (2006): Die Verantwortung der Unternehmen. In: Hartard et al. 2006, S. 113-126.
- Hartard, Susanne, Axel Schaffer und Carsten Stahmer (2006): *Die Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft*, Nomos: Baden-Baden (erscheint im Herbst 2006)
- Hartard, Susanne und Carsten Stahmer (Hrsg.) (2002): Magische Dreiecke – Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft, Band 3: *Sozio-ökonomische Berichtssysteme*, Metropolis: Marburg.
- Hartard, Susanne und Carsten Stahmer (Hrsg.) (2004): *Analyse von Lebenszyklen – Ergebnisse des 4. und 5. Weimarer Kolloquiums*, Band 5 der Schriftenreihe Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft, Wiesbaden.
- Heinze, Rolf G., Andrea Helmer-Denzel und David Patrick Wilde (2005): *Freizeitverhalten älterer Menschen und potenzielle Impulse für die Seniorenwirtschaft*, In: WIS Nr. 33: Bochum, S. 39-41.
- Heinze, Rolf G. und Thomas Olk (Hrsg.) (2001): *Bürgerengagement in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Leske+Budrich: Opladen.
- Heinze, Rolf G. und Christoph Strünck (2000): *Die Verzinsung des sozialen Kapitals – Freiwilliges Engagement im Strukturwandel*. In: Beck 2000a, S. 171-216.
- Hentig, Hartmut von (2006a): Schule der Freiheit und des Dienstes – Bewährung oder Die ermutigende Erfahrung, für die Gemeinschaft nützlich zu sein. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. Juli 2006, S. 38.
- Hentig, Hartmut von (2006b): *Bewährung – Von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein*, Hanser Verlag: München.

- Hildebrandt, Eckardt et al. (2004): *Prekäre Bilanzen – Flexible Arbeitszeiten zwischen betrieblicher Regulierung und individuellen Ansprüchen*, edition sigma: Berlin.
- Hoffmann, Günter (1998): *Tausche Marmelade gegen Steuererklärung*, Piper: München.
- Hofmeister, Sabine und Ines Weller (2004): *Nationale Nachhaltigkeitsstrategien – „blinde Flecken“ aus und für Genderperspektiven*. Bremer Diskussionspapier zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie Nr. 55, hrsg. v. Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner und Klaus Grenzdörffer, Bremen. Erscheint in englischer Sprache in: Joachim H. Spangenberg (ed.), *Sustainability Strategies and the Waltz of Life, Deep Roots High Relevance, Cultural Diversity: Taking Stock of the Sustainability Discourse*.
- Hofmeister, Sabine und Ines Weller (2006): Das Konzept Halbtagsgesellschaft: Potenziale für soziale und ökologische Nachhaltigkeit? In: Hartard et al. 2006, S. 147-156.
- Holm, R. (1998): Verschärfung und Aushöhlung von Gender – Soziale Absicherung von Frauen und Überlegungen für einen postindustriellen Wohlfahrtsstaat. In: *Forum Wissenschaft*, 1998, Heft 4.
- Holst, Elke (2000): *Die stille Reserve am Arbeitsmarkt, Größe – Zusammensetzung – Verhalten*, edition sigma: Berlin.
- Holst, Elke (2002): Institutionelle Determinanten der Erwerbsarbeit – Zur Notwendigkeit einer Gender-Perspektive. In: Friederike Maier, Angela Fiedler (Hrsg.), *Gender Matters, feministische Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, edition sigma: Berlin, S. 89-109.
- Holst, Elke (2004): Stille und „stillste“ Reserven für die Erwerbsarbeit. In: Hartard, Stahmer 2004, S. 151-166.
- Holst, Elke und Jürgen Schupp (2000): Stille Reserve wichtig für die Arbeitsmarktflexibilität in Deutschland. In: *DIW-Wochenbericht* 29/2000, S. 457-465.
- Holst, Elke (2006): Gewünschte Arbeitszeiten. In: Hartard et al. 2006, S. 67-80.
- Holtgrewe, Ursula, S. Voswinkel und G. Wagner (Hrsg.) (2000): *Anerkennung und Arbeit*. Universitätsverlag: Konstanz.
- Huber, Andreas, Ernst Kistler und Udo Papies (Hrsg.) (2002): *Arbeitslosigkeit Älterer und Arbeitsmarktpolitik im Angesicht des demographischen Wandels*, Broschürenreihe: Demographie und Erwerbsarbeit, Stuttgart.
- Jansen, Mechthild (1997): Visionen für die Zukunft – Ein Plädoyer für eine andere Ökonomie. In: Ute Behning (Hrsg.), *Das Private ist ökonomisch: Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushalts-Dienstleistungen*, edition sigma: Berlin, S. 215-226.
- Jansen, Mechthild (1999): *Wohin entwickelt sich die Arbeitsgesellschaft? – Arbeit neu bewerten, teilen, schaffen*, unveröffentlichter Vortrag, Kassel.
- Jansen, Mechthild (2004): *Wandel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Profitieren Frauen von den Veränderungen?*, Vortrag beim Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung, Ladies Lunch, Berlin.
- Kaufmann, Franz- Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft – Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, edition suhrkamp Bd. 2406, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am. Main.
- Kennedy, Margrit und Bernard A. Lietaer (2004): *Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*, Riemann: München.
- Kistler, Ernst und Andreas Huber (2002): Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und die demographische Herausforderung. In: Huber et al. 2002, S. 14-29.
- Klinger, Cornelia (2000): Auf dem Weg ins utopielose Jahrhundert. In: *Transit – europäische Revue*, hrsg. am Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien, Heft 19, S. 3-23.
- Klinger, Cornelia (2003): Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht. In: Gudrun-Axeli Knapp und Angelika Wetterer (Hrsg.), *Achsen der Differenz – Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II*. Forum Frauenforschung Bd. 16, Westfälisches Dampfboot, S. 14-48.
- Kocka, Jürgen (2000): Arbeit früher, heute, morgen – Zur Neuartigkeit der Gegenwart. In: Jürgen Kocka und Claus Offe (Hrsg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Campus: Frankfurt am Main, S. 476-492.

- Kopfmüller, Jürgen et al. (2001): *Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet – Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren*, edition sigma: Berlin.
- Krebs, Angelika (2002): *Arbeit und Liebe – Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*, suhrkamp taschenbuch wissenschaft Nr. 1564, Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Kristof, Kora und Gerhard Scherhorn (2002). Informelle Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft. In: G. Bosch et al. (Hrsg.): *Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkungen auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität*, Campus: Frankfurt am Main, S. 513-537.
- Kurz-Scherf, Ingrid und Gisela Breil (Hrsg.) (1987): *Wem gehört die Zeit – Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag*, VSA-Verlag: Hamburg.
- Kurz-Scherf, Ingrid (1995): *Zeit der Vielfalt – Vielfalt der Zeiten – Individuelle und betriebliche Arbeitszeiten und Arbeitszeitpräferenzen in Berlin*, Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Frauen und Arbeit, Bd. 11, Berlin.
- Lafontaine, Oskar (1985): *Der andere Fortschritt*, Knauer: München.
- Lafontaine, Oskar (1989): „Das Lied vom Teilen“, *die Debatte über Arbeit und politischen Neubeginn*, Hoffmann und Campe: Hamburg.
- Lang, Eva (2003): Wendezeit für den Staat. In: Yüce, Plöger 2003, S. 163-186.
- Lange, Stefan und D. Braun (2000): *Politische Steuerung zwischen System und Akteur – eine Einführung*. Reihe Grundwissen Politik, Bd. 30. Leske+Budrich: Opladen.
- Leipert, Christian (Hrsg.) (2001): *Familie als Beruf – Arbeitsfeld der Zukunft*, Deutscher Arbeitskreis für Familienhilfe, Leske+Budrich: Opladen.
- Lietaer, Bernard (1999): *Das Geld der Zukunft*, Bertelsmann: Gütersloh.
- Linz, Manfred (2006): *Was wird dann aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit*, Wuppertal Papers Nr. 157, Januar 2006, Wuppertal.
- Luhmann, Hans-Jochen (2001): *Die Blindheit der Gesellschaft – Filter der Risikowahrnehmung*, Gerling-Akademie Verlag: München.
- Maihofer, Andrea, Tomke Böhnisch und Anne Wolf (2001): *Wandel der Familie*. Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Düsseldorf.
- Majer, Helge (1997): Mediationsbasierte Runde Tische. In: Adelheid Biesecker, Klaus Grenzdörffer und C. Vocke (Hrsg.), *Neue institutionelle Arrangements für eine zeitgemäße Wohlfahrt*, Pfaffenweiler, S. 125-142.
- Majer, Helge (2004): Ganzheitliche Sicht von sozialer Nachhaltigkeit. In: Hartard, Stahmer 2004, S. 9-22.
- Massarrat, Mohssen (2004): Chancengleichheit als Universalethik der nachhaltigen (Welt-) Gesellschaft. In: Freie Akademie (Hrsg.), *Humanität – Hoffnungen und Illusionen*, Schriftenreihe der Freien Akademie, Bd. 23, Berlin, S. 79-95.
- Meier, Uta (2001): Wie zukunftsfähig ist die „Arbeit des Alltags“. In: Katrin Andruschow (Hrsg.), *Ganze Arbeit: feministische Spurensuche in der Non-Profit-Ökonomie*, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, edition sigma: Berlin, S. 41-54.
- Meier, Uta (2002): Auslaufmodell oder Refugium? Familie im Wandel – Plädoyer für eine stärkere Alltagsorientierung. In: *Frauen Rat*, 51. Jg., H. 2, S. 2-7.
- Meier-Gräwe, Uta und Uta Zander (2005): Veränderte Familienzeiten – Neue Balancen zwischen Männern und Frauen? In: A. Mischau und M. Oechsle (Hrsg.): *Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance?*, Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft, S. 92-109.
- Meyer, Bernd (2002): Die Ergänzung des umweltökonomischen Modells PANTA RHEI um die soziale Dimension. In: Hartard, Stahmer 2002, S. 105-128.
- Meyer, Bernd (2003): Ökonomische, ökologische und soziale Interdependenzen – Modellierung und Empirie. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003): *Sozialer Wandel: Daten, Analysen Gesamtrechnungen*, Forum der Bundesstatistik, Bd. 41, Metzler-Poeschel: Stuttgart, S. 93-105.

- Meyer, Bernd und Marc Ingo Wolter (2006): Demographische Entwicklung und wirtschaftlicher Strukturwandel – Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur am Arbeitsmarkt. In: Statistisches Bundesamt 2006 (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- Minsch, Jürg et al. (1998): *Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit*. Hrsg. von der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Natur“ des 13. Deutschen Bundestages, Bonn.
- Minx, Jan und Heinrich Tschochohei (2006): Die Bedeutung des Flächenverbrauchs für die Halbtagsgesellschaft. In: Hartard et al. 2006, S. 159-172.
- Müller, Christa (1998): *Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf – Bäuerliche Überlebensstrategien zwischen Weltmarktintegration und Regionalisierung*, Campus: Frankfurt am Main/New York.
- Münkner, Hans-H. (2002): *Organisierte Selbsthilfe gegen soziale Ausgrenzung – Multi-Stakeholder Genossenschaften in der internationalen Praxis*, Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen, Heft 58.
- Munz, Eva, Frank Bauer und Hermann Groß (2002): Regelung und Praxis von Arbeitszeitkonten. In: *WSI Mitteilungen* 6/2002, S. 334-340.
- Mutz, Gerd (2002): Bürgerengagement und Soziale Arbeit – Anmerkungen zu einem problematischen Verhältnis aus empirischer Sicht. In: Kurt Möller (Hrsg.): *Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft. Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements*. Leske+Budrich: Opladen, S. 11-28.
- Mutz, Gerd (Hrsg.) (2003): *Corporate Social Responsibility – Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement*, Leske+Budrich: Opladen.
- Mutz, Gerd (Hrsg.) (2004): *Potenziale des Dritten Sektors*, Leske+Budrich: Opladen.
- Mutz, Gerd und Irene Kühnlein (2001): Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit – Auf dem Weg in eine neue Arbeitsgesellschaft? In: Ulrich Beck und Wolfgang Bonß (Hrsg.): *Die Modernisierung der Moderne*, Suhrkamp: Frankfurt am Main, S. 191-202.
- Mutz, Gerd und Dorit Sing (2001): Soziale Integration durch Bürgerarbeit oder bürgerschaftliches Engagement? In: Berger, Konietzka 2001, S. 357-378.
- Nell-Breuning, Oswald von (2. Aufl. 1985): *Gerechtigkeit und Freiheit – Grundzüge katholischer Soziallehre*, Olzog Verlag: München.
- OECD (2001): *Lernen für das Leben: Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungstudie PISA 2000*, Paris.
- Offe, Claus (2001): Die Wiederentdeckung der Chancengleichheit, Einleitung in: Ackermann, Bruce und Anne Alstott: *Die Stakeholder-Gesellschaft. Ein Modell für mehr Chancengleichheit*, Campus-Verlag: Frankfurt am Main, S. 9-14.
- Offe, Claus und Rolf G. Heinze (1990): *Organisierte Eigenarbeit – Das Modell Kooperationsring*, Campus: Frankfurt am Main, New York.
- Otto, Ulrich (1995): *Senioren-genossenschaften – Modell für eine neue Wohlfahrtspolitik?*, Leske+Budrich: Opladen.
- Petersen, Rudolf und Karl Otto Schallaböck (1995): *Mobilität für Morgen, Chancen einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik*, Birkhäuser: Berlin, Basel, Boston.
- Priller, Eckhard und Jana Rückert-John (2000): *Nonprofit-Organisationen im Umweltbereich – Strukturen, Tätigkeitsfelder und Beschäftigungspotentiale*. Discussion Paper P 00-515, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Rinderspacher, Jürgen P. (2000): *Zeitwohlstand in der Moderne*. Discussion Paper P 00-502, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Ruh, Hans (1994): Modell einer neuen Zeiteinteilung für das Tätigsein des Menschen – Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. In: Hans Würigler (Hrsg.), *Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit*, vdf Hochschulverlag: Zürich, S. 135-153.
- Schäfer, Martina und Susanne Schön (2000): *Nachhaltigkeit als Projekt der Moderne – Skizzen und Widersprüche eines zukunftsfähigen Gesellschaftsmodells*, edition sigma: Berlin.

- Schaffer, Axel (2006): Aktivitätsmuster in der sozio-ökonomischen Input-Output-Tabelle 2000. In: Statistisches Bundesamt 2006 (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- Schaffer, Axel und Carsten Stahmer (2004): Input-Output-Modell der Halbtagsgesellschaft. In: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), *Beiträge zum Halleschen Input-Output-Workshop Februar 2004*, Sonderheft 3/2004, S. 33-56.
- Schaffer, Axel und Carsten Stahmer (2005): Die Halbtagsgesellschaft – ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. In: *GAIA*, 3/2005, S. 229-239.
- Schaffer, Axel und Carsten Stahmer (2006): Erweitertes Gender-BIP – eine geschlechtsspezifische Analyse des traditionellen Bruttoinlandsprodukts und der Haushaltsproduktion in Deutschland, *Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik*. Bd. 226, Heft 3, S. 308-328.
- Schaffer, Axel und Carsten Stahmer (2006b): Konzepte für eine Halbtagsgesellschaft. In: Hartard et al. 2006, S. 11-20.
- Schaffer, Axel und Carsten Stahmer (2006c): Skizze einer Halbtagsgesellschaft. In: Hartard et al. 2006, S. 183-190.
- Scherhorn, Gerhard (1995): Güterwohlstand versus Zeitwohlstand – Über die Unvereinbarkeit des materiellen und des immateriellen Produktivitätsbegriffs. In: Biervert, Held 1995, S. 147-168.
- Scherhorn, Gerhard (1997): Konsum als Kompensation. In: Gerhard Scherhorn, *Aufsätze 1993-1996*, Universität Hohenheim: Stuttgart, S. 69-85.
- Scherhorn, Gerhard und Patricia Dahm (1999): *Die andere Arbeit. Untersuchungen über Eigenarbeit und Subsistenz*. Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie. Als Ms. vervielf.
- Scherhorn, Gerhard (2000a). Die produktive Verwendung der freien Zeit. In: E. Hildebrandt (Hrsg.), *Reflexive Lebensführung*. edition sigma: Berlin, S. 344-377.
- Scherhorn, Gerhard (2000b): Arbeit – Teilung und Verteilung. In: Hans G. Nutzinger (Hrsg.), *Geteilte Arbeit und ganzer Mensch – Perspektiven der Arbeitsgesellschaft*, Campus: Frankfurt am Main u. a., S. 226-241.
- Scherhorn, Gerhard (2002): Zur Messung des Wohlstandes. In: Hartard, Stahmer 2002, S. 267-288.
- Scherhorn, Gerhard (2005): Zum Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzung, Kommentar zu A. Schaffer, C. Stahmer in *GAIA*, 14/3 (2005). In: *GAIA*, 14/3, S. 240-242.
- Scherhorn, Gerhard (2006a): Was kostet die nachhaltige Entwicklung? Reaktion auf M. Wehrspau, C. Wehrspau 2006. Ökologische Gerechtigkeit in der Halbtagsgesellschaft. *GAIA* 15/1. In: *GAIA* 15/2, S.94- 95.
- Scherhorn, Gerhard (2006b): Halbtagsgesellschaft für Nachhaltigkeit. In: Hartard et al. 2006, S. 21-36.
- Scherhorn, Gerhard und J. Daniel Dahm, (2005). *Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt. Schlussbericht über eine empirische Untersuchung über die Praxis des bürger-schaftlichen Engagements*. Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie. Als Ms. vervielf.
- Scherhorn, Gerhard und Christoph Weber (Hrsg.) (2002): *Nachhaltiger Konsum – Auf dem Weg zur gesellschaftlicher Verankerung*, oekom verlag: München.
- Schirmacher, Frank (2004): *Das Methusalem-Komplott*, Carl Blessing Verlag: München.
- Schor, Juliet B. (2005): Sustainable Consumption and Worktime Reduction. In: *Journal of Industrial Ecology*, Volume 9, Number 1-2, pp. 37-50.
- Schultz, Irmgard (1996): Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen – Eine Betrachtung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ aus feministischer Sicht. In: *Wechselwirkung*, Nr. 78, S. 59-63.
- Siemens, Daniel (2006): Angela Merkel und ihre Gefährtinnen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.3.2006, S. 10.
- Sikora, Joachim und Günter Hoffmann (2001): *Version einer Gemeinwohl-Ökonomie auf der Grundlage einer komplementären Zeit-Währung*, Katholisch-Soziales Institut: Bad Honnef.

- Sozialdemokratische Partei (SP) der Schweiz, Arbeitsgruppe „Umverteilung der Arbeit (1995): *Wege zur doppelten 25-Stunden-Woche, Vorschläge zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen zwischen Frauen und Männern*, Bern.
(www.sp-ps.ch/data/Pospap-d/Wege%20zur%20doppelten%2025-Stunden-Woche.pdf).
- Spangenberg, Joachim (Hrsg.) (2003): *Vision 2020 – Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland*, oekom verlag: München.
- Stahmer, Carsten (2003a): Halbtagsgesellschaft. In: *Zukünfte*, Zeitschrift für Zukunftsgestaltung und vernetztes Denken, Nr. 44, Sommer 2003, S. 34-39.
- Stahmer, Carsten (2003b): Sozio-ökonomische Input-Output-Tabellen. In: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), *Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse in Deutschland*, Beiträge zum Halleschen Input-Output-Workshop 2002, 4/2003 Sonderheft, S. 11-36.
- Stahmer, Carsten (2004a): Social Accounting Matrices and Extended Input-Output Tables. In: OECD (ed.), *Measuring Sustainable Development: Integrated Economic, Environmental and Social Frameworks*, Paris, S. 313-344.
- Stahmer, Carsten (2004b): Zwei Wege zu einer nachhaltigen Gesellschaft. In Biesecker, Elsner 2004, S. 305-328.
- Stahmer, Carsten und Alexander Opitz (2002): *Halbtagsgesellschaft – Input-Output-Analyse für eine sozial nachhaltige Gesellschaft*, unveröffentlichter Beitrag zum 4. Weimarer Kolloquium der Vereinigung für ökologische Ökonomie, September 2002.
- Stahmer, Carsten, Georg Ewerhart und Inge Herrchen (2003a): *Monetäre, physische und Zeit-Input-Output-Tabellen, Teil 1: Konzepte und Beispiel*, Band 1 der Schriftenreihe Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft (hrsg. vom Statistischen Bundesamt), Wiesbaden (mit Materialband).
- Stahmer, Carsten, Ingo Mecke und Inge Herrchen (2003b): *Zeit für Kinder – Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen*, Band 3 der Schriftenreihe Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft (hrsg. vom Statistischen Bundesamt), Wiesbaden (mit Materialband).
- Stahmer, Carsten, Axel Schaffer und Inge Herrchen (2004): *Sozio-ökonomische Input-Output-Rechnung 1998*, Schriftenreihe Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft, Statistisches Bundesamt, Bd. 4, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): *Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung*, *Forum der Bundesstatistik*, Band 43, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006): *Neue Wege statistischer Berichterstattung – Mikro- und Makrodaten als Grundlage sozioökonomischer Modellierung*, 14. Wissenschaftliches Kolloquium der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Statistischen Bundesamtes, Veröffentlichung in *Forum der Bundesstatistik* in Vorbereitung, im Internet unter: <http://kolloq.destatis.de/kolloq.2005.htm>
- Steinbrück, Peer (2006): Lobbyisten in die Produktion! In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Januar 2006, S. 6.
- Taube, Sabine (1993): *Neue Formen organisierter Selbsthilfe älterer Bürger*, Universität Marburg, Institut für Kooperation in Entwicklungsländern, Studien und Berichte Nr. 29, Marburg.
- Teichert, Volker (1993): *Das informelle Wirtschaftssystem – Analysen und Perspektiven von Erwerbs- und Eigenarbeit*, Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Teichert, Volker (2000): *Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft – Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie, Discussion Paper P 00-524, Berlin.
- Ulrich, Peter (1995): Müssen wir die Arbeit neu verteilen? In: Schweizerischer Arbeitskreis für ethische Forschung (Hrsg.), *Das Problem der Arbeit am Ende des 20. Jahrhunderts*, Schippert: Ebmatingen/Zürich, S. 41-54.

- Ulrich, Peter (1997): *Integrative Wirtschaftsethik – Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, Haupt Verlag: Bern.
- Vilar, Esther (1987): *Der dressierte Mann, Das polygame Geschlecht, Das Ende der Dressur – Modell für eine neue Männlichkeit*, Neuausgabe in einem Band, Deutscher Taschenbuch Verlag: München.
- Vilar, Esther (1990): *Die 25-Stunden-Woche – Arbeit und Freizeit in einem Europa der Zukunft*, Econ: Düsseldorf.
- Wehrspaun, Michael und Charlotte Wehrspaun (2006): Ökologische Gerechtigkeit in der Halbtagsgesellschaft. In: *GAIA*, Bd. 15, H. 1, S. 10-13.
- Weller, Ines, Esther Hoffmann und Sabine Hofmeister (Hrsg.) (1999): *Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden*, Kleine Verlag: Bielefeld.
- Wanger, Susanne (2006): *Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen – Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Alter für die Jahre 1991-2004*, Forschungsbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 2/2006.
- Weller, Ines (2004): *Nachhaltigkeit und Gender – Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten*, oekom verlag: München.
- Yüce, Nilgun und Peter Plöger (Hrsg.) (2003): *Die Vielfalt der Wechselwirkung – Eine transdisziplinäre Exkursion im Umfeld der Evolutionären Kulturökologie*, Verlag Karl Alber: Freiburg, München.
- Zollinger Giele, Janet und Elke Holst (2003): *Changing Life Patterns in Western Industrial Societies*, Advances in Life Course Research, Volume 8, Elsevier: Amsterdam et al.